

Beschluss (vorläufig) Kapitel 5: Berlin begleitet ein Leben lang

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	14.02.2026
Tagesordnungspunkt:	3. Kapitel 5 des Landeswahlprogramms (Familie, Bildung, Ausbildung, Studium, Gesundheit, Drogen, Pflege, Senior*innen)

1 Berlin ist für alle da. Vom ersten Atemzug bis ins hohe Alter. Eine Stadt, die Kinder stark
2 macht, jungen Menschen Chancen eröffnet und Älteren Selbstbestimmung ermöglicht. Wir
3 Bündnisgrüne wollen ein Berlin, das für alle Generationen und unabhängig von Einkommen oder
4 Herkunft gut funktioniert: gerecht, fürsorglich, inklusiv und zukunftsorientiert. Denn das
5 Leben in Berlin ist vielfältig, bunt und oft herausfordernd und verdient Strukturen, auf die
6 wir uns verlassen können.

7 Für uns heißt das auch: Jede Leistung muss diskriminierungsfrei erreichbar sein – unabhängig
8 von Sprache, Herkunft, Aufenthaltsstatus, Behinderung oder Geldbeutel. Denn eine Stadt, die
9 niemanden zurücklässt, muss gerade dort funktionieren, wo Menschen Unterstützung am
10 dringendsten brauchen.

11 Deshalb setzen wir auf starke Unterstützung von Anfang an. Mit passgenauer
12 Familienförderung, guter frühkindlicher Bildung, besten Chancen in der Schule und echter
13 Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche. Familien sollen sich auf diese Stadt verlassen
14 können: mit unterstützender Betreuung, Beratung und Freizeitangeboten, die für alle gut
15 zugänglich sind. Jungen Erwachsenen wollen wir Perspektiven eröffnen – mit starken
16 Hochschulen, angeleiteter Berufsorientierung, fairen Ausbildungsbedingungen und bezahlbarem
17 Wohnraum für Studierende und Azubis. Ein Berlin, das Kinder fördert, Familien stärkt und
18 junge Menschen ernst nimmt, legt das Fundament für eine solidarische und gerechte
19 Stadtgesellschaft.

20 Doch Verantwortung endet nicht mit dem Schulabschluss. Ein gutes Leben in Berlin bedeutet
21 auch, gesund zu bleiben, gut versorgt zu sein, wenn Pflege nötig ist und selbstbestimmt alt
22 zu werden. Wir machen Berlin zur altersfreundlichen und inklusiven Stadt, in der niemand
23 übersehen wird: mit sicheren Wegen, barrierefreien Wohnungen und Orten der Begegnung. So
24 entsteht ein Berlin, das zusammenhält – ein Leben lang.

25 5.1. Familienfreundliches Berlin – gut versorgt, von Beginn an

26 Gerechtigkeit beginnt in der Familie. Nur wenn Kinder und Jugendliche von Beginn an optimal
27 gefördert werden, können sie ihr Potenzial voll entfalten. Damit Kinder sich gut entwickeln
28 können, brauchen sie Stabilität und Kontinuität. Deshalb arbeiten wir Bündnisgrüne an einer
29 Stadt, die jungen Familien in allen Lebenslagen den Rücken stärkt. Dabei unterstützen wir
30 alle Familien – ob verheiratet oder verpartnert, getrennt oder alleinerziehend oder
31 Regenbogenfamilie: Familie ist da, wo Menschen generationenübergreifend Verantwortung
32 füreinander übernehmen. Und wir stehen an ihrer Seite!

33 Bisher sind Eltern viel zu sehr in der Holschuld: bei der Beantragung des Elterngelds, des
34 Kita- oder Hortgutscheins, bei der Suche nach einer wohnortnahen kinderärztlichen Versorgung
35 oder bei der Recherche nach passgenauen Unterstützungsangeboten. Das wollen wir ändern und
36 Unterstützungs- und Beratungsangebote direkt zu den Familien bringen und sicherstellen, dass
37 sie frühzeitig auch von allen genutzt werden können. Damit stellen wir sicher, dass Kinder,
38 Jugendliche und ihre Familien einkommensunabhängig gefördert werden können und Familien in
39 Krisensituationen schnell Hilfe bekommen.

40 Wir Grüne sind der Überzeugung, dass junge Menschen eine starke Stimme haben. Deshalb setzen
41 wir uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche diese Stimme erheben und Mitbestimmung auf
42 Augenhöhe erleben können.

43 Gleichzeitig ermöglichen wir auch jungen Menschen mit besonderen Bedarfen die Teilhabe an
44 unserer Gesellschaft: Wir setzen uns unter anderem für die verlässliche Unterstützung
45 unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter und für bessere Angebote in der
46 Gesundheitsförderung psychisch erkrankter und neurodivergenter Kinder und Jugendlicher ein.
47 Wir setzen uns für ein umfassendes Angebot von Winterspielplätzen ein, damit auch
48 einkommensschwache Familien ihren Kindern im Winter Bewegung, Spiel und Begegnung
49 ermöglichen können. Dafür stärken wir die Zusammenarbeit mit sozialen Trägern, Schulen und
50 Sportvereinen, um verlässliche Angebote und Betreuung sicherzustellen.

51 Wir wissen: Berliner Familien stehen oft unter enormem Druck. Gleichzeitig führen die
52 massiven Kürzungen im Bereich der Jugend- und Familienarbeit dazu, dass es immer schwerer
53 sein wird, dringend notwendige Unterstützung zu finden. Die Qualität frühkindlicher
54 Bildungsangebote reicht trotz des Ausbaus der letzten Jahre noch immer nicht aus, um allen
55 Kindern die gleichen Startchancen ins Leben zu bieten. Kinder und Jugendliche brauchen
56 Räume, in denen sie sich entfalten können. Kürzungen bei Frei- und Erlebnisräumen, wie
57 Spielplätzen, Familienzentren oder Jugendfreizeiteinrichtungen, sind nicht hinnehmbar und
58 gefährden die Zukunft unserer Stadtgesellschaft. Deshalb ist auch in Zeiten knapper Kassen
59 für uns klar: Berlin kann es sich nicht leisten, das große Potenzial zu verlieren, das die
60 nächste Generation in sich trägt. Wir Bündnisgrüne wollen eine Stadt, die dafür sorgt, dass
61 Familien und junge Menschen gestärkt durchs Leben gehen – von Beginn an.

62 Wir werden die Fehler der 1990er und 2000er nicht wiederholen. Das bedeutet die Angebote für
63 Kinder und Jugendliche zu sichern und organisierte Rechte Kader aus Jugendclubs
64 rauszuhalten.

65 Familienberatung ohne Hürden ermöglichen

66 In Familien werden die Grundlagen für das Leben der Kinder gelegt. Weil die ersten
67 Lebensmonate dabei die Weichen entscheidend stellen, werden wir Eltern hier gezielt Hilfe
68 zukommen lassen, indem wir aufsuchende und unterstützende Angebote für Eltern und Kind vor,
69 um und nach der Geburt stärken. Dafür wollen wir Familienförderung und Beratungsangebote
70 niedrigschwellig und breiter zugänglich machen, indem sie mehrsprachig, barrierefrei und
71 ohne Angst erreichbar sind. Damit psychisch belasteten Eltern frühzeitig passgenaue
72 Unterstützung angeboten werden kann, setzen wir uns dafür ein, dass das Bundesprogramm
73 UplusE weitergeführt und ausgebaut wird. Darüber hinaus möchten wir die frühen Hilfen
74 einfacher erreichbar machen und entsprechende Programme fördern, denn sie sind ein
75 unverzichtbares Angebot für belastete Familien.

76 Wenn Menschen Eltern werden, wollen sie das Beste für ihr Kind. Sollten die Umstände jedoch
77 dafür sorgen, dass Kinder nicht die besten Startbedingungen haben, muss Hilfe für alle
78 Familien dauerhaft niedrigschwellig zugänglich sein. Deshalb wollen wir den wohnortnahen
79 Ausbau der Familienservicebüros weiterentwickeln und die Familienservicebüros so aufstellen,
80 dass Eltern dort nicht nur Hilfe bei der Kitaplatzsuche und bei Behördengängen oder dem
81 Ausfüllen wichtiger Anträge erhalten, sondern auch eine psychosoziale Beratung in Anspruch
82 nehmen können. Unterstützung kommt dann besonders gut an, wenn sie dort angeboten wird, wo
83 Familien sich ohnehin aufhalten. Deshalb wollen wir an Kitas angedockte Familienzentren und
84 die Kitasozialarbeit ausbauen. Dabei nehmen wir insbesondere auch die Unterstützung
85 Alleinerziehender in den Blick.

86 Zugang zu Kitaplätzen vereinfachen

87 Damit alle Familien einen unkomplizierten Zugang zu Kitas haben, vereinfachen wir den
 88 Anmeldeprozess: In Zukunft sollen alle Familien zum ersten Geburtstag ihres Kindes
 89 automatisch einen Kitagutschein mit mehrsprachigem Begleitbrief erhalten. Ein beiliegender
 90 QR-Code führt direkt zu wohnortnahen Beratungsangeboten und Terminen zu Kitaplatzvermittlung
 91 und Beratungen – so werden Informationen und Zugänge leicht verständlich und für alle real
 92 nutzbar. Die Vergabe der Plätze muss transparent und diskriminierungsfrei erfolgen.

93 Kita als bedeutsamen Lern- und Lebensraum begreifen

94 Die Kita stellt in unserem Verständnis mehr als nur eine Betreuungseinrichtung dar – sie
 95 ist, gemeinsam mit der Familie, ein wichtiger Erfahrungs- und Lebensraum für unsere Kinder.
 96 Dabei kommt dem freien Spiel eine besondere Bedeutung zu, da es Kreativität, Problemlösung,
 97 soziale Kompetenzen, Selbstvertrauen, Frustrationstoleranz und Eigeninitiative fördert. Ein
 98 breites Bildungsverständnis zeigt sich darin, dass Bildung als ganzheitlicher Prozess
 99 verstanden wird, der jedem Kind in seiner Einzigartigkeit begegnet. Damit werden Kinder auch
 100 für den Schulbesuch gestärkt und gut vorbereitet. Das muss sich auch in der Umsetzung des
 101 inhaltlichen Fundaments des Berliner Kitasystems, dem Berliner Bildungsprogramm,
 102 widerspiegeln. Pädagogische Fachkräfte sollen ihren vielfältigen, verantwortungsvollen
 103 Aufgaben bestmöglich nachkommen können. Deshalb wollen wir den Betreuungsschlüssel in Kitas
 104 weiter verbessern.

105 Auch die Sprachbildung in Kitas wollen wir weiter ausbauen, damit alle Kinder gut ins Leben
 106 starten können. Das heißt zum einen, dass auch erstsprachliche Kompetenzen bei Kindern,
 107 deren Erstsprache nicht Deutsch ist, besser gefördert werden müssen und sprachliche Vielfalt
 108 als Gewinn wertgeschätzt wird. Dies umfasst sowohl Laut- als auch Gebärdensprachen sowie
 109 behinderungsbedingt erforderliche alternative Kommunikationsformen. Zum anderen bedeutet es,
 110 dass Kinder, deren Kompetenzen in der deutschen Sprache nicht ausreichend entwickelt sind,
 111 um nach der Einschulung dem Unterricht folgen zu können, frühzeitig besser unterstützt
 112 werden müssen. Nach Hamburger Vorbild wollen wir deshalb nach der Sprachstandserhebung bei
 113 Vierjährigen verbindlich entsprechende Förderangebote implementieren. Dabei spielt auch die
 114 gemeinsame Sprachbildung in Kita und Familie eine entscheidende Rolle. Sie schafft eine
 115 Bildungspartner*innenschaft, die auf Wertschätzung basiert und Kinder durch alltägliche
 116 Aktivitäten fördert. Dafür wollen wir Angebote der alltagsintegrierten Sprach- und
 117 Familienbildung stärken und ausbauen. Fachkräfte aus dem ehemaligen Programm Sprachkitas
 118 sollen in Berliner Kitas ihre erworbene Expertise weiter anwenden und weitergeben können.
 119 Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote zur Sprachkräften sollen implementiert und
 120 bedarfsgerecht ausgebaut werden, damit besonders Kinder mit festgestelltem hohen
 121 Sprachunterstützungsbedarf passgenau gefördert werden können.

122 Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen unterstützen

123 Besonders junge Menschen in schwierigen Lebenslagen benötigen verlässliche Unterstützung, um
 124 gut aufwachsen zu können. Dort, wo Eltern diese Unterstützung nicht leisten können oder sie
 125 nicht ausreicht, ist der Staat in der Pflicht. Dafür wollen wir die schulische Situation von
 126 psychisch erkrankten und neurodivergenten jungen Menschen verbessern, indem wir u. a.
 127 Angebote der schulischen Rehabilitation ausbauen und Hilfen zur Erziehung, ambulante
 128 Psychiatrie und Schulen an Standorten miteinander verknüpfen, wie es in der Praxis bereits
 129 gelingt. Berlin braucht weiterhin eine Qualifizierungsoffensive für alle pädagogischen
 130 Fachkräfte an Kitas und Schulen, um diese Kinder und Jugendlichen in den Regelsystemen viel

131 besser unterstützen zu können. Sie haben ein Recht auf Bildung und Teilhabe, davon dürfen
132 sie in Berlin nicht weiter ausgeschlossen werden. Für intensivversorgungsbedürftige Kinder
133 und Jugendliche wollen wir endlich in Berlin ein Kurzzeitwohnen entwickeln und umsetzen.

134 Für unbegleitete Minderjährige bieten ehrenamtliche Vormünder Schutz und Orientierung. Wir
135 wollen sie deshalb durch eine finanzielle Förderung stärken und mit einer Kampagne mehr
136 ehrenamtliche Vormünder gewinnen. Geflüchtete Kinder und Jugendliche brauchen Sicherheit, um
137 hier anzukommen. Dafür benötigen sie schnellstmöglich ein stabiles Wohnumfeld und die
138 Integration in Kita und Schule. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass geflüchtete Kinder
139 und Jugendliche möglichst nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden.

140 Kindeswohl und Kinderschutz in den Mittelpunkt stellen

141 In familiengerichtlichen Verfahren steht das Kindeswohl im Mittelpunkt. Damit dies immer
142 gewährleistet ist, wollen wir entsprechende Fortbildungen für Richter*innen und
143 Verfahrensbeistand*innen gesetzlich verankern. Gerade in Bezug auf die Anhörung von
144 minderjährigen Kindern brauchen Familienrichter*innen nicht nur juristische, sondern auch
145 qualifizierte pädagogische und psychologische Kenntnisse. Wenn ein Elternteil gegen den
146 anderen Elternteil gewalttätig ist, ist dies immer auch eine Belastung für das Kind und muss
147 deshalb in familiengerichtlichen Verfahren berücksichtigt werden.

148 Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein, dass in allen Einrichtungen, in denen Kinder und
149 Jugendliche sich aufhalten, Kinderschutzstandards verlässlich implementiert werden, und
150 wollen Kinderschutzberatungsstellen gesetzlich verankern, damit sie in Zukunft nicht mehr
151 zuwendungsfinanziert und damit abhängig von der aktuellen Haushaltslage sind – denn für uns
152 ist klar: Kinderschutz muss immer und überall gewährleistet sein. Um Betroffenen
153 sexualisierter Gewalt – im institutionellen wie im familiären Rahmen – sowohl einen Raum
154 zur Aufarbeitung zu bieten, als auch um über Präventionsmaßnahmen zu sprechen, prüfen wir
155 die Einrichtung eines Betroffenenrats auf Landesebene. Wichtig ist uns dabei, dass die
156 Bedürfnisse und Wünsche der Betroffenen im Mittelpunkt stehen.

157 Jungen Menschen eine Stimme geben

158 Eine Stadt, in der Kinder und Jugendliche gut aufwachsen können, bedeutet auch Raum zu
159 bieten für echte Mitbestimmung. Deshalb soll ganz Berlin zur "Kinderfreundlichen Kommune"
160 werden. Wir wollen, dass unsere Kinder echte Beteiligungserfahrungen sammeln – sei es in
161 strukturell verankerten Kinder- und Jugendgremien, bei Bauprojekten im Stadtteil oder in
162 Klimaschutzinitiativen. Dazu schaffen wir die rechtlichen Grundlagen für Stimm- und
163 Antragsrechte von Kinder- und Jugendgremien in allen zwölf Bezirksverordnetenversammlungen
164 durch die Festschreibung dieser im Bezirksverwaltungsgesetz. Wir setzen uns auch weiterhin
165 für die Etablierung altersgerechter, inklusiver sowie pädagogisch begleiteter
166 Beteiligungsformate ein, in denen Kinder und Jugendliche ihre Perspektive in die Gestaltung
167 ihres direkten Lebensumfeldes miteinbringen können, z. B. bei der Ausstattung von
168 Spielplätzen, bei Maßnahmen der Verkehrssicherheit oder der Pflanzung von Stadtbäumen. Die
169 Kinderrechte der UN-Kinderrechtskonvention wollen wir in der Verfassung Berlins, im
170 Bezirksverwaltungsgesetz und in der frühkindlichen Bildung verankern.

171 Wir sorgen dafür, dass die gesetzlich verankerten Klassenräte auch in allen Schulen und
172 Klassen verbindlich umgesetzt werden und achten darauf, dass auch Schüler*innen in
173 Willkommensklassen von Beginn an die gleichen demokratischen Rechte wahrnehmen können wie
174 alle Schüler*innen.

175 5.2. Gerechte Bildungschancen – Schule neu denken

176 Gute Bildung schafft gleiche Chancen – für eine gerechte Gesellschaft, in der alle jungen
 177 Menschen dazu befähigt werden, selbstbestimmt zu lernen, kreativ mitzudenken und die
 178 Gesellschaft nachhaltig zu gestalten. Wir lassen kein Kind zurück. Dazu braucht es ein
 179 Bildungssystem, das das Recht auf inklusive Bildung umsetzt und Kinder und Jugendliche stark
 180 macht für die Welt von morgen. Und es braucht gute Schulen mit starkem Personal, das für die
 181 Herausforderungen des Alltags gewappnet ist.

182 Unser Ziel ist ein Bildungssystem, in dem Kinder sich wohlfühlen und ohne Stress lange
 183 gemeinsam lernen, ihre sprachliche Vielfalt als Stärke begreifen und ein demokratisches
 184 Miteinander auf Augenhöhe gelebt wird. Dabei fördern wir neben Fachkompetenzen wie Deutsch,
 185 Geschichte und Mathematik auch Zukunftskompetenzen wie Selbstorganisation, Kreativität und
 186 kritisches Denken. Die Realität sieht leider anders aus: Inklusion wird zurückgedreht,
 187 Gemeinschaftsschulen werden alleingelassen und die soziale Ungleichheit verschärft sich.

188 Gleichzeitig rechnet der Senat den gravierenden Lehrkräftemangel schön. Neue Schulen werden
 189 zwar gebaut, baufällige Gebäude jedoch nicht schnell genug saniert. Dazu kommen überfüllte
 190 Klassen, chronisch überlastetes Personal und Stress bei Kindern und Familien, der sich auf
 191 die psychische Gesundheit auswirkt. Außerschulische Lernorte werden vernachlässigt und
 192 kaputtgespart, Bildungsprojekte mit Ideologievorwürfen verunglimpft und abgewickelt.
 193 Diskriminierung verhindert Teilhabe und Beschwerdestrukturen funktionieren nicht.

194 Wir Grüne ducken uns vor diesen Herausforderungen nicht weg, wie es der aktuelle Senat tut,
 195 sondern wir gehen sie an. Dafür investieren wir in multiprofessionelle Teams, die zusätzlich
 196 zur Lehrkräfteausstattung an die Schulen kommen, in echte Inklusion, nachhaltige
 197 Schulgebäude und moderne Lernkonzepte. Um das Recht auf inklusive Bildung nach Artikel 24
 198 der UN-Behindertenrechtskonvention zu garantieren, erstellen wir einen verbindlichen
 199 Umsetzungsplan, der gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen entwickelt wird. Wir gehen den
 200 Lehrkräftemangel an und entlasten das schulische Personal auch in schwierigen Zeiten. Wir
 201 stellen sicher, dass Ressourcen für individuelle und sonderpädagogische Förderung an
 202 denjenigen Schulen ankommen, die diese am meisten benötigen, und machen die vom aktuellen
 203 Senat eingeführte Verteilung per Gießkanne wieder rückgängig. Wir sichern kulturelle und
 204 demokratische Bildung und treten Diskriminierung entgegen. Wir unterstützen
 205 Gemeinschaftsschulen besser und verdoppeln ihre Zahl, um mehr Raum für gemeinsames,
 206 inklusives Lernen zu ermöglichen und Kindern und Familien den Stress rund um den Übergang
 207 von Grund- zu Oberschule zu ersparen. Die regionalen Schulaufsichten strukturieren wir
 208 sozialräumlich, setzen auf eine vertrauensbasierte Steuerung und unterstützen sie in der
 209 Wahrnehmung ihrer unterstützenden und beratenden Rolle durch externe
 210 Prozessbegleitungen. Dadurch verbessern wir die Vernetzung der Schulen untereinander und mit
 211 den Unterstützungsstrukturen der Bezirke.

212 Denn unser Ziel ist klar: Berlin braucht ein starkes Bildungssystem, das allen Kindern und
 213 Jugendlichen gleiche und gute Chancen bietet und sie gut auf ihr Leben vorbereitet.

214 Mit der Schule für morgen Bildungsgerechtigkeit schaffen

215 Die preisgekrönten Schulen dieser Stadt zeigen, dass Berlin auch anders kann:
 216 Bildungseinrichtungen, an denen Kinder und Jugendliche unabhängig von ihren Voraussetzungen
 217 – auch datengestützt – individuell gefördert werden und ihre Stärken ohne Druck ausbauen.
 218 Denn Studien zeigen immer wieder: Das Wohlbefinden der Lernenden ist eine
 219 Grundvoraussetzung, um erfolgreiches Lernen zu ermöglichen.

220 Wir Grüne wollen die Erkenntnisse und Erfahrungen der preisgekrönten Schulen nutzen, um alle
221 Schulen so fortzuentwickeln, dass in ihnen nicht nur wichtige Grundlagen wie Lesen,
222 Schreiben und Rechnen, sondern auch Bildung für nachhaltige Entwicklung, soziales Lernen und
223 die Zukunftskompetenzen allen Kindern erfolgreich vermittelt werden. Kinder und Jugendliche
224 brauchen all das, um in einer sich schnell verändernden Welt auch in Zukunft erfolgreich
225 leben zu können. Auch Demokratiebildung spielt hier eine wichtige Rolle, zu der auch die
226 verbindliche Vermittlung deutscher Zeitgeschichte, der deutschen Teilung und der DDR-
227 Geschichte gehört.

228 Zu einer modernen Pädagogik gehört perspektivisch auch der Übergang zu zeitgemäßen
229 Prüfungsformaten und kompetenzbasiertem Lernfeedback statt Ziffernoten. Dabei überprüfen wir
230 die Auswirkungen von Maßnahmen der Schul- und Unterrichtsentwicklung wissenschaftlich und
231 setzen uns für eine evidenzbasierte Schulpolitik ohne Verengung des Bildungsbegriffs ein,
232 die die notwendige Anzahl von Vergleichsarbeiten und Prüfungsleistungen evaluiert. Um zu
233 überprüfen, wie diese Ziele erreicht werden können, soll eine abgestimmte Gesamtstrategie
234 Schulqualität partizipativ entwickelt werden. Besonderes Augenmerk soll dabei auf der
235 Qualität der Abschlüsse liegen und die Zahl der Schulabgänger*innen ohne Abschluss deutlich
236 gesenkt werden.

237 Wir stärken die Gemeinschaftsschulen als Orte gemeinsamen Lernens und verdoppeln ihre Zahl
238 berlinweit, um in allen Bezirken weitere gute Gemeinschaftsschulen zu haben. Wir wollen das
239 Projekt "Familienzentren an Grundschulen" verstetigen, und so sicherstellen, dass Beratung,
240 Beteiligung und Unterstützung von Familien in besonderen Lebenslagen niedrigschwellig
241 zugänglich ist, um nachhaltig Bildungs- und Teilhabechancen zu stärken. Diverse Studien
242 belegen: Langes gemeinsames Lernen steigert nicht nur das Leistungsniveau, sondern reduziert
243 auch Bildungsungleichheit. Deshalb setzen wir uns auch an Grundschulen weiter für langes
244 gemeinsames Lernen ein und stärken zudem ihre Klassen 5 und 6. Den Übergang auf die
245 Oberschule werden wir reformieren und gerechter gestalten, sodass Schüler*innen der 4., 5.
246 und 6. Klassen mit weniger Druck zur Schule gehen können.

247 Perspektiven für alle Jugendlichen schaffen

248 In Berlin verlassen derzeit mehr als 8 Prozent der Schüler*innen die Schule ohne Abschluss,
249 über 16 Prozent finden trotz Abschluss keinen Ausbildungsplatz. Dabei ist doch klar: Wir
250 können es uns nicht leisten, Jugendliche zu verlieren! Deshalb legen wir ein besonderes
251 Augenmerk auf Jugendliche am Ende ihrer Schullaufbahn: Wer nach zehn Schuljahren keinen
252 Abschluss hat oder trotz Abschluss keinen Ausbildungsplatz, wird in einem Perspektivenjahr
253 gefördert. Gleichzeitig wollen wir unsere Jugendberufsagenturen nach Hamburger Vorbild so
254 weiterentwickeln, dass jede*r Jugendliche eine optimale und passgenaue Förderung bekommt.

255 Auch auf dem Weg zum Schulabschluss wollen wir Bündnisgrüne Kinder und Jugendliche
256 bestmöglich unterstützen. Wir wollen, dass Inklusion und Barrierefreiheit an jeder Schule
257 zur Selbstverständlichkeit werden. Für uns darf das Recht auf Bildung und Teilhabe am
258 sozialen Leben nicht am Schulweg scheitern. Deshalb übernehmen wir die Transportkosten für
259 alle Kinder mit Beeinträchtigungen, die für den Weg zur Schule auf einen Fahrdienst
260 angewiesen sind, sowohl in den Schul- wie auch in den Ferienzeiten. Gleichzeitig
261 unterstützen wir Schulen durch ausreichend personelle wie sachliche Ausstattung sowie
262 Fortbildung und Beratung, damit Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarfen überall in
263 Berlin inklusiv beschult werden können. Statt neuer Förderschulen schaffen wir inklusive
264 Schwerpunktschulen, um die steigenden Bedarfe, insbesondere von [\[5\]](#) neurodivergenten
265 Schüler*innen, zu decken. Mehr als 3.000 Kinder und Jugendliche mit Behinderung oder
266 Erkrankungen werden in der Stadt kaum oder gar nicht beschult; ihre Zahl ist aufgrund vieler

267 Erkrankungen mit Long-COVID und ME/CFS in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die
 268 schwarz-rote Koalition überlässt diese Kinder und ihre Familien sich selbst, sie erfüllt
 269 ihre Verpflichtung nicht, ihnen eine Beschulung zu ermöglichen. Jedes Kind hat ein Recht auf
 270 bestmögliche Bildung. Schnellstmöglich braucht es einer inklusiven Fachkräftefort- und
 271 Ausbildungsinitiative, rechtskreisübergreifender Bildungs- und Hilfeplanung, notwendiger
 272 Rechtsänderungen, damit etwa auch eine Onlinebeschulung möglich ist, wenn in Einzelfall ein
 273 Kind die Schule vor Ort nicht besuchen kann. Die Fachkräfte müssen fair bezahlt werden. Der
 274 Bildungsbereich, die Jugendhilfe, der Gesundheitsbereich und andere Rehaträger müssen eng
 275 zusammenarbeiten, damit jedem Kind und jedem Jugendlichen ein gutes Angebot gemacht werden
 276 kann und Familien und Bezugspersonen entlastet werden. Dazu gehört ein entsprechendes
 277 Betreuungsangebot in den Ferien und bei Bedarf die Übernahme der Transportkosten. Senat,
 278 Bezirke und Träger müssen eng und vernetzt unter Einbeziehung der Betroffenen
 279 zusammenarbeiten, die UN-Behindertenrechtskonvention und Kinderrechtskonvention müssen
 280 endlich in Berlin umgesetzt werden. Zu fairen Chancen für alle gehört auch, dass die
 281 Eigenbeteiligung an Lernmitteln keine finanzielle Hürde sein darf. Deshalb werden wir
 282 prüfen, inwiefern die bestehenden Regelungen zur Eigenbeteiligung verändert werden
 283 müssen. Grüne Bildungspolitik bedeutet, sich zuerst und vor allem für ein starkes
 284 öffentliches Bildungsangebot einzusetzen. Gleichzeitig leisten auch private Schulen in
 285 Berlin einen wichtigen Beitrag. Für uns ist klar: jedes Kind muss die Möglichkeit haben, vom
 286 gesamten Angebot der Berliner Schulen profitieren zu können. Die Privatschulen öffnen wir
 287 entsprechend des verfassungsrechtlichen Sonderungsverbot weiter für alle Kinder, unabhängig
 288 von der finanziellen Situation der Eltern. Ihre Finanzierung soll zukünftig stärker die
 289 Übernahme sozialer Verantwortung widerspiegeln. Das bedeutet konkret, dass Privatschulen,
 290 die mehr Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Familien unterrichten, stärker durch die
 291 öffentliche Hand gefördert werden. Privatschulen mit einer schlechten, sich nicht
 292 verbessernden sozialen Durchmischung, sollen künftig weniger öffentliche Mittel als bisher
 293 erhalten. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Privatschulen sich auch weiterhin an der
 294 Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen beteiligen.

295 Schulen breit und zukunftssicher aufstellen

296 Um den steigenden Anforderungen an Schulen in der Gestaltung des Schulalltags gerecht zu
 297 werden ist eine gut aufgestellte Schulsozialarbeit unabdingbar. Wir wollen die Anzahl der
 298 Schulsozialarbeiter*innen erhöhen, um das an Schulen benötigte Personal zur Abdeckung der
 299 psychosozialen Unterstützungsstrukturen abzusichern. Die Schulsozialarbeit als wichtiges
 300 Fundament in der Unterstützung und Förderung von Kindern und Jugendlichen und dem Abbau von
 301 sozialen Benachteiligungen soll auch an allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie
 302 Förderzentren weiter ausgebaut werden. Wir wollen die Schulstationen an allen Berliner
 303 Schulen ausbauen und die vorhandenen absichern und dadurch dauerhaft in der bestehenden
 304 Qualität erhalten.

305 Wir wollen Schulen so ausstatten, dass alle Kinder von klein auf die Fähigkeiten entwickeln,
 306 sich sicher, kritisch und selbstbestimmt in einer komplexen Informationswelt zu bewegen. Um
 307 Jugendlichen gezielt auf die digitalisierte Welt vorzubereiten, fordern wir die curriculare
 308 Integration der Kompetenzen der Informatik und Medienbildung verpflichtend ab der 1. Klasse
 309 in allen Schulformen. Jugendliche müssen ein grundlegendes Verständnis von Algorithmen und
 310 künstlicher Intelligenz ebenso erwerben, wie den souveränen und kritischen Umgang mit
 311 digitalen Medien.

312 Für eine moderne, resiliente digitale Bildung bauen wir die Medienkompetenzzentren aus und
 313 etablieren Medienteams an jeder Schule. Diese unterstützen Lehrkräfte und Schüler*innen
 314 dabei, Desinformation zu erkennen, Quellen kritisch zu prüfen und Algorithmen sowie KI-

315 Anwendungen zu verstehen. Medien- und Informationskompetenz sowie Medienresilienz verankern
316 wir dabei nach internationalem Vorbild integrativ und fächerübergreifend in der
317 verbindlichen Umsetzung der Rahmenlehrpläne – von der Analyse manipulierter Bilder im
318 Kunstunterricht bis hin zur Reflexion sprachlicher Manipulation und statistischer
319 Verzerrungen.

320 Wir teilen die Sorgen über den steigenden Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen. Deshalb
321 unterstützen wir Einschränkungen der privaten Handynutzung, wo diese von der jeweiligen
322 Schule für die beste Lösung gehalten werden.

323 Um Schüler*innen zu ermöglichen, ihre Kritik zu äußern, und Lehrkräften zu ermöglichen,
324 ihren Unterricht besser an den Bedürfnissen und Wünschen ihrer Schüler*innen auszurichten,
325 wollen wir jährliche, anonyme-Feedback-Strukturen für Lehrkräfte in allen Schularten und
326 Klassenstufen verpflichtend machen. Die bestehenden Tools zum Schüler*innen-Lehrkräfte-
327 Feedback vom Institut für Schulqualität wollen wir dabei nutzen und ausbauen.

328 Schulen demokratisieren

329 Schulen sind ein wichtiger Ort für Schüler*innen, wo Demokratie praktisch gelebt werden
330 sollte. Demokratisch organisierte Schulen sind zentral für die gesellschaftliche Stärkung
331 der Demokratie. Die Schüler*innenvertretungen und Bezirksschüler*innenausschüsse wollen wir
332 deshalb mit eigenen finanziellen Mittel und pädagogischer Unterstützung ausstatten. Auch an
333 Grundschulen wollen wir eine gewählte Gesamtschüler*innenvertretung einführen. Politische
334 Bildung als Bildungsziel und die demokratische Organisation von Schulen wollen wir wie in
335 den meisten anderen Bundesländer auch in Berlin in die Verfassung aufnehmen.

336 Demokratie wollen wir aber nicht nur im Klassenzimmer stärken, sondern auch außerhalb. Daher
337 stärken wir diversitätssensible und demokratiefördernde Umwelt- und Naturbildung, indem wir
338 qualifizierten Umwelt- und Wildnispädagog*innen den Zugang zu Berliner Wäldern erleichtern.

339 Überall gute Orte des Lernens schaffen

340 Wir wissen: Lernen ist ein lebenslanger Prozess, der weit über den Klassenraum hinausgeht.
341 Daher wollen wir, dass Schulen sich besser mit ihrem Sozialraum vernetzen, und stärken
342 Kooperationen mit außerschulischen Lernorten, Jugendkunst- und Musikschulen, Sportvereinen
343 und Volkshochschulen. Die Familienzentren an Grundschulen wollen wir erhalten – Schwarz-Rot
344 streicht hier an der falschen Stelle die Mittel für eine Arbeit, die gerade Familien in
345 schwierigen Situationen bisher eine große Unterstützung bieten konnte. Wir hingegen wollen
346 ihre Arbeit zukünftig absichern.

347 Gemeinsam mit allen Beteiligten entwickeln wir den Ganzttag weiter, denn guter Ganzttag ist
348 mehr als Betreuung. Wir Grüne verlängern die Zeiten der verlässlichen Betreuung auch für
349 Kinder ohne Hortvertrag in der Grundschule um mindestens eine Stunde auf 14:30 Uhr. In
350 dieser Zeit sollen Kinder Gelerntes mit professioneller Begleitung vertiefen können, sodass
351 keine weiteren Aufgaben zu Hause erledigt werden müssen. So haben Familien mehr gemeinsame
352 Zeit, die nicht durch Hausaufgabenstress bestimmt ist – denn Schulunterricht darf nicht
353 Aufgabe der Eltern sein. Außerdem erleichtern wir so den Schulen die Entscheidung für einen
354 späteren Schulstart. Auch das dient der besseren Förderung aller Kinder, denn zahlreiche
355 Studien haben nachgewiesen, dass ein Schulstart um 8:00 Uhr nicht dem Biorhythmus der Kinder
356 entspricht und somit das Lernen erschwert – wir werden deshalb in den zuständigen
357 Schulgremien für einen späteren Schulstart werben. Wer im Ganzttag lernt, braucht ein warmes
358 Mittagessen. Deswegen wollen wir ein qualitativ hochwertiges Schulessen, wie vom

359 Bürger*innenrat „Ernährung im Wandel“ empfohlen, auch ab der 7. Klasse für alle Kinder und
360 Jugendlichen kostenfrei anbieten.

361 Darüber hinaus nehmen wir die mentale Gesundheit stärker in den Blick, indem wir
362 Hilfesysteme besser miteinander verknüpfen, Aufklärung in den Schulen fördern und das
363 Wohlbefinden der Schüler*innen als Qualitätsmerkmal in der Evaluation und Schulentwicklung
364 festlegen.

365 Schulen möchten wir ermöglichen, ihre Schulhöfe, Spielplätze und Gemeinschaftsräume zu
366 öffnen, und strukturieren die Schulaufsichten sozialräumlich. Dadurch verbessern wir die
367 Vernetzung und Entwicklung des Sozialraums mit den Menschen vor Ort, wovon der ganze
368 Stadtteil profitiert. Schulhöfe verwandeln wir in grüne Lebensorte: mit Entsiegelung, grünen
369 Klassenzimmern und neuen, schattenspendenden Bäumen. Parallel treiben wir die Sanierung
370 alter Schulgebäude voran, damit sie den Anforderungen einer modernen Bildungslandschaft
371 gerecht werden.

372 Schulen zu Orten der Zugehörigkeit entwickeln

373 Mehrsprachigkeit ist ein Gewinn! Um die Familiensprachen der Schüler*innen zu fördern,
374 erheben wir sie und entwickeln darauf basierend Angebote des Erstsprachenunterrichts. Es
375 soll an mehr Schulen und in weiteren Sprachen Unterricht angeboten werden. Wir bauen die
376 Standorte der Staatlichen Europa-Schule Berlin als Ausdruck des europäischen Gedankens von
377 Vielfalt und Zusammenhalt aus. Dazu gehört auch, Kinder und Jugendliche, die als Geflüchtete
378 zu uns gekommen sind, möglichst schnell mit anderen in Regelklassen lernen zu lassen, um
379 Integration vom ersten Tag an Stück für Stück zu ermöglichen. Dafür entwickeln wir ein
380 alters- und kompetenzabhängiges Konzept zum Übergang von den Willkommensklassen in die
381 Regelklassen, wie sie auch bereits in anderen Bundesländern existieren, und stärken auch
382 Lehrkräfte, die dafür notwendigen Fähigkeiten zu erwerben, indem wir das Schulfach „Deutsch
383 als Zweitsprache“ mit verbindlichem Curriculum anerkennen und zusätzliche Fortbildungen in
384 diesen Bereichen ermöglichen.

385 Wir bekräftigen das Recht aller Kinder auf gleichberechtigte Teilhabe am Bildungssystem. Die
386 separierende Unterbringung und Beschulung in Flüchtlingsunterkünften wollen wir
387 schnellstmöglich beenden und allen Kindern einen Willkommensplatz an einer Regelschule
388 anbieten. Durch diese Haltung der Inklusion statt Separierung unterstützen wir eine
389 vielfältige Schulkultur. Diskriminierung stellen wir uns entschieden entgegen und setzen auf
390 diskriminierungskritische Schulentwicklung, Fortbildungsangebote unter Einbezug der
391 Zivilgesellschaft und richten die von der Zivilgesellschaft geforderte Unabhängige
392 Beschwerdestelle (UBS) als Teil der LADG-Ombudsstelle als eigene Behörde ein. Die
393 ideologischen Angriffe des schwarz-roten Senats auf queere Bildung und Bildungsprojekte, die
394 sich gegen Queerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus richten, weisen wir entschieden
395 zurück. Wir halten diese Projekte auch im Sinne der Prävention für zentral, um Akzeptanz,
396 Diskriminierungssensibilität und Respekt unter Schüler*innen zu befördern und werden sie
397 weiter ausbauen und fest als Angebote an den Berliner Schulen etablieren. Die Fachstelle für
398 queere Bildung und die Kompetenzstelle intersektionale Pädagogik unterstützen wir weiter in
399 ihrer wichtigen Arbeit.

400 In Lehrkräfte investieren und Schulen stark machen

401 Ein starkes Bildungssystem braucht starke Schulen, die sich unter Einbeziehung von
402 Schüler*innen und Eltern möglichst autonom organisieren. Dafür braucht es auch gutes
403 Personal, das den vielfältigen Aufgaben in unseren Schulen gewachsen ist. Wir schaffen an

404 allen Schulen Teams aus verschiedenen Professionen, ohne dabei die Zahl der Lehrkräfte zu
 405 vermindern. Teamzeiten sind erforderlich und werden berücksichtigt. So haben Lehrkräfte mehr
 406 Zeit für ihre pädagogischen Kernaufgaben. Dafür stärken wir multiprofessionelle Teams, durch
 407 die Schüler*innen vielfältig gefördert und unterstützt werden können. Sobald wieder genügend
 408 voll ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen, nutzen wir das für qualitative
 409 Verbesserungen an den Schulen, z. B. kleinere Lerngruppen und mehr individuelle
 410 Förderangebote.

411 Wir wollen für die mehr als 30.000 Lehrkräfte in Berlin gute Arbeitsbedingungen schaffen,
 412 sodass Berlin auch langfristig als Arbeitgeberin attraktiv ist. Deshalb wollen wir
 413 Lehrkräfte entlasten, indem wir die Arbeitszeit von Lehrkräften systematisch erfassen und
 414 perspektivisch ein neues Arbeitszeitmodell entwickeln, das alle Aufgaben einer Lehrkraft
 415 abbildet. Dabei sollen die unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen der Schulen in
 416 das Arbeitszeitmodell eingebunden werden. So wollen wir berlinweit eine bessere Verteilung
 417 der personellen Ressourcen insbesondere in Schulen in herausfordernden Lagen erreichen. Auch
 418 Referendar*innen wollen wir entlasten und einen guten Start ins Berufsleben ermöglichen.
 419 Dafür nehmen wir die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zurück und stellen bei der
 420 aktuellen Überarbeitung der Referendariats die Betreuungsqualität wieder in den Vordergrund.
 421 Wir wollen, dass die Berliner Schule ein attraktiver Arbeitsort sowohl für verbeamtete als
 422 auch für angestellte Lehrkräfte ist und suchen nach Wegen, die Unterschiede zwischen beiden
 423 Statusgruppen auszugleichen.

424 Um die Mehrsprachigkeit zu fördern und den Lehrkräftemangel zu bekämpfen, werden wir
 425 Lehrkräften mit internationalen Abschlüssen den Zugang zum Berliner Schuldienst erleichtern.
 426 Dazu werden wir u. a. die Lehrkraft mit einem Fach wieder einführen, das
 427 Anerkennungsverfahren vereinfachen und kostenfreie berufsbezogene Vorbereitungs- und
 428 Deutschkurse sowie Beratung anbieten.

429 Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass der Lehrkräftemangel berlinweit besser verteilt
 430 wird und auch Schulen in herausfordernden Lagen personell gut ausgestattet sind. Deshalb
 431 führen wir Einstellungskontingente in verbesserter Form wieder ein und sorgen beispielsweise
 432 durch Anreize, Weiterbildungen oder zeitweise Abordnungen für eine Mindestausstattung an
 433 qualifizierten Lehrkräften an allen Schulen. Zusätzlich bieten wir Berliner
 434 Lehramtsstudierenden ein Stipendium an, wenn sie sich verpflichten, die ersten fünf Jahre
 435 nach dem Referendariat an einer Schule zu arbeiten, deren Personalausstattung insbesondere
 436 mit Blick auf voll qualifizierte Lehrkräfte seit mindestens zwei Jahren unter dem Berliner
 437 Durchschnitt liegt. So sorgen wir dafür, dass wir den Lehrkräftemangel in Berlin sowohl
 438 langfristig bekämpfen als auch kurzfristig alle uns zur Verfügung stehenden Ressourcen
 439 nutzen, um eine gute Ausstattung mit qualifiziertem Personal zu ermöglichen.

440 In einer sich schnell verändernden Welt wird es immer wichtiger, dass unser pädagogisches
 441 Personal stets fachlich, fachdidaktisch und methodisch up-to-date ist. Wir werden für
 442 bedarfsgerechte, praxisnahe und qualitätsgesicherte Fortbildungsangebote sorgen, die
 443 fachbereichs- und schulweit implementiert und evaluiert werden. Wir stellen sicher, dass
 444 Lehrkräfte ohne pädagogische und fachdidaktische Ausbildung vor dem Einsatz in der Schule
 445 oder spätestens berufsbegleitend zu Beginn ihrer Tätigkeit so vorbereitet werden, dass sie
 446 die ihnen übertragenen Unterrichtsaufgaben fachgerecht leisten können.

447 Immer wieder zeigt sich, welcher entscheidenden Einfluss Schulleitungen auf den Erfolg ihrer
 448 Schulen haben. Wir werden daher ein Programm initiieren, um gezielt nach starken und
 449 engagierten Persönlichkeiten unter den Berliner Lehrkräften zu suchen, die wir zu
 450 Führungskräften aufbauen und mit denen wir zielbewusste, innovationsfreudige, kooperative
 451 und durchsetzungsfähige Leitungsteams insbesondere für Schulen in kritischer Lage zu bilden.

452 5.3. Berufsbildung und Studium – gestärkt in die nächste Phase

453 Beim Übergang von der schulischen in die berufliche oder akademische Ausbildung werden
 454 wichtige Leitplanken für den weiteren Lebensweg junger Menschen gesetzt. Deshalb wollen wir
 455 Bündnisgrüne eine Stadt, in der auch für die Ausbildungszeit das Motto gilt: „Ihr lernt –
 456 wir regeln den Rest!“ Deshalb sorgen wir für gute Beratung schon während der Schulzeit,
 457 erstklassige Ausbildungs- und Studienbedingungen sowie ausreichend Zugang zu günstigem
 458 Wohnraum, damit junge Menschen sich den Weg in ein selbstbestimmtes Leben auch leisten
 459 können.

460 Denn die Realität sieht zurzeit leider anders aus: An den Hochschulen fallen Hörsäle in sich
 461 zusammen und das Studierendenwerk Berlin wurde vom Senat zusammengestrichen. Die Folgen
 462 tragen Studierende: Mensapreise und Semesterbeiträge steigen und dringend benötigte
 463 Sanierungen werden ausgesetzt.

464 Auch Menschen in der dualen Ausbildung können sich angesichts des Berliner Wohnungsmarktes
 465 und steigender Lebenshaltungskosten die Ausbildung in Berlin immer weniger leisten. Das
 466 schwächt nicht nur den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Berlin, sondern macht es für
 467 junge Menschen zudem immer schwieriger, eine exzellente Ausbildung in der Hauptstadt zu
 468 erhalten.

469 Für uns ist jedoch klar: Egal ob nach der 10. Klasse oder nach dem Abitur – die nächste
 470 Generation soll die Chance auf eine freie Berufswahl, gute Ausbildungsbedingungen und einen
 471 selbstbestimmten Start ins Leben haben.

472 Jugendlichen bessere Perspektiven für Ausbildung und Beruf eröffnen

473 Die Grundlage für einen guten Start in Ausbildung und Beruf wird in der Schulzeit gelegt.
 474 Wir Grüne geben allen Jugendlichen eine Perspektive, auch ohne Abschluss. Statt 3.000
 475 Jugendliche zu einem 11. Pflichtschuljahr zu zwingen, setzen wir auf eine Stärkung der
 476 Berufsorientierung an Schulen und ein flexibles Perspektivenjahr, das eine Weiterentwicklung
 477 der bisherigen Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung ist. Damit Jugendliche frühzeitig
 478 ausreichend Einblicke in verschiedene Branchen und Berufe erhalten, sollen alle
 479 Schüler*innen in der 8. bis 10. Klasse mindestens fünf Betriebe in Form von Praktika und
 480 Praxistagen kennenlernen. Wir verankern klischeefreie Berufsorientierung als verbindlichen
 481 Standard in allen Schulformen. Lehrkräfte werden systematisch zu Durchlässigkeit,
 482 Berufsbildung und Arbeitsmarkt fortgebildet. Wir entwickeln die Jugendberufsagenturen in den
 483 Bezirken zu echten One-Stop-Shops weiter. Sie erhalten ausreichende Ressourcen und
 484 Handlungsmöglichkeiten. Ziel ist es eine koordinierte, niedrighschwellige und sozial gerechte
 485 Begleitung aller Jugendlichen beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf.

486 Auch niedrighschwellige Beratungsangebote wollen wir ausbauen, um Schüler*innen vielfältige
 487 Einblicke in die Berufswelt zu ermöglichen. Das Angebot gymnasialer Oberstufen an den
 488 Berliner Oberstufenzentren (OSZ) wollen wir erhalten und insbesondere die Möglichkeit,
 489 parallel zur Ausbildung auch das Abitur abzulegen, ausweiten. An den Oberstufenzentren
 490 stellen wir zusätzliches Personal ein, damit dort alle Bildungsgänge zum Erfolg führen. Die
 491 duale Ausbildung in Berlin steht mit einem starken Rückgang betrieblicher Ausbildungsplätze
 492 vor besonderen Herausforderungen, die Ausdruck eines strukturellen Problems sind. Wir
 493 Bündnisgrüne verstehen Berufsbildung als gleichwertige Säule neben dem Studium und richten
 494 die berufliche Erstausbildung systemisch neu aus. Unter Einbeziehung betrieblicher,
 495 schulischer und überbetrieblicher Ausbildungsformen sowie der OSZ werden Kompetenzzentren
 496 geschaffen, die neben den Betrieben gleichwertige Partner in der Berufsausbildung sind. Als

497 neuer organisatorischer Pfeiler entsteht das Landesinstitut für berufliche Bildung.
498 Schulische und außerbetriebliche Ausbildungsangebote bauen wir gezielt aus, insbesondere
499 dort, wo betriebliche Ausbildungsplätze fehlen. Zudem machen wir die duale Ausbildung zu
500 einer gleichwertigen Alternative zum Studium, indem wir sie durch eine umlagefinanzierte
501 Ausbildungsgarantie stärken. Zur Steigerung der Attraktivität von Ausbildungen gehört auch
502 die Einrichtung eines Azubiwerks, das günstige Wohnheime betreibt und Beratung
503 gewährleistet. Alle Berliner Auszubildenden, egal ob aus großen oder kleinen Betrieben,
504 müssen die Möglichkeit haben, sich zu beschweren und Hilfe in Krisensituationen zu erhalten.
505 Wir stärken explizit Frauen in Handwerksberufen.

506 Wir wollen europäische Förder- und Mobilitätsprogramme in zentral organisierten
507 "Europatagen" gezielt an Berufsschulen bewerben. Wir werben bei der Industrie- und
508 Handelskammer Berlin für eine Mobilitätsberatungsstelle nach Vorbild anderer Kammern im
509 Netzwerk "Berufsbildung ohne Grenzen", welche gemeinsam mit Unternehmen und Auszubildenden
510 deren Auslandsaufenthalte koordiniert.

511 Nachhaltigkeit wird verbindlicher Bestandteil der beruflichen Bildung in ihren ökologischen,
512 ökonomischen, sozialen und kulturellen Dimensionen. Auch Berufliche Schulen lehren gelebte
513 Demokratie und Vielfalt und diskriminierungsfreies Handeln. Alle Lehrkräfte in der
514 Berufsbildung werden für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz qualifiziert, um
515 Medienkompetenz, personalisiertes Lernen und inklusive Bildungszugänge zu fördern.

516 Wohnen für Auszubildende und Studierende sichern

517 Echte Chancengleichheit bei der Berufswahl braucht ausreichend qualitativ hochwertigen
518 Wohnraum für Azubis genauso wie für Studierende. Deshalb führen wir das neue Azubiwerk zum
519 Erfolg, das ähnlich wie das Studierendenwerk bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende sowie
520 Beratungs- und Kulturangebote schafft. Auch das Studierendenwerk Berlin muss gestärkt
521 werden, um verlässliche Strukturen für die Studierenden dieser Stadt zu schaffen. Deshalb
522 setzen wir Bündnisgrüne uns für einen Bund-Länder-Pakt „Studium und Ausbildung“ ein, der die
523 Finanzierung der Studierendenwerke bundesweit mit verbindlichen Mindeststandards sichert,
524 über den Status quo in Berlin hinausgeht und die besten Unterstützungs- und
525 Beteiligungsansätze aus allen Bundesländern bündelt. Dazu gehören mehr und sanierte
526 Wohnheime mit sozialverträglichen Mieten, die an die Wohnkostenpauschale der
527 Ausbildungsförderung gekoppelt sind, Mensen mit gesundem, nachhaltigem und bezahlbarem Essen
528 sowie ausreichend Kultur- und Beratungsangebote. Wir setzen uns dafür ein, dass die Preise
529 in den Mensen stabil bezahlbar bleiben und an jeder größeren Hochschule mindestens eine
530 Mensa auch abends geöffnet hat. Auch bei uns in Berlin wollen wir durch die Neuaufsetzung
531 des Studierenden-Rahmenvertrags das Studierendenwerk wieder auf stabile Füße stellen und die
532 verlässliche Kofinanzierung aller „Junges Wohnen“-Projekte sichern. Studiengebühren
533 jeglicher Form lehnen wir für Studierende aller Nationalitäten ab. Wir sorgen dafür, dass
534 die Wahl von Studium und Beruf weniger vom Geldbeutel der Eltern abhängt, sondern junge
535 Menschen ihre Zukunft freier gestalten können.

536 Studieren in unterschiedlichen Lebenslagen ermöglichen

537 Lehre und Prüfungen an Hochschulen müssen den Lebensbedingungen der Studierenden Rechnung
538 tragen. Studieren muss in jeder Lebenslage möglich sein, deshalb werden wir uns für die
539 Stärkung vom Teilzeitstudium einsetzen. Das endgültige Nichtbestehen, das den erneuten
540 Zugang zu Studiengängen dauerhaft ausschließt, führt in vielen Fällen zu massiven
541 Einschnitten in das Leben der Studierenden, die nicht verhältnismäßig sind. Deshalb werden
542 wir die Anzahl der Prüfungsversuche erhöhen und prüfen, wie beispielsweise nach dem Vorbild

543 des Jurastudiums Wege zu alternativen Abschlüssen ermöglicht werden können. Wir wollen
544 Wahlfreiheiten und Selbstbestimmung im Studium absichern, den Erwerb von Qualifikationen –
545 besonders in aktuellen Forschungsfeldern – in der gesamten Berliner Hochschullandschaft
546 vereinfachen und Curricula flexibler gestalten. So kann tatsächliche Vertiefung ermöglicht
547 werden.

548 Universitäten vor dem baulichen Verfall schützen

549 Bei den Berliner Hochschulen müssen wir den baulichen Verfall stoppen und den bestehenden
550 Sanierungstau nachhaltig abbauen. Wir setzen uns daher für die Gründung einer
551 Hochschulbaugesellschaft in Kooperation mit der WISTA Management GmbH ein, die ein Konzept
552 für die gesamte energetisch-nachhaltige und ökologische Sanierung erarbeitet und
553 kreditfinanziert umsetzt. Sie soll mittelfristig auch wenn gewünscht den baulichen Unterhalt
554 der Hochschulen übernehmen können und schafft so endlich Planungssicherheit für Forschung
555 und Lehre. Eine spätere Nutzung im Mieter*innen-Vermieter*innen-Modell darf dabei nicht
556 zulasten der Lehre gehen und es muss sicher gestellt werden das auch weiterhin ausreichend
557 Räume für nicht kommerzielle Zwecke und studentische Nutzung zur Verfügung stehen.

558 Demokratie und Miteinander an Hochschulen und Universitäten leben

559 Hochschulen sind Orte der Miteinanders und der Demokratie. Auch deshalb sind sie schon immer
560 auch Orte gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Universitäten müssen Räume bleiben, in
561 denen friedlicher Protest, studentischer Aktivismus und kontroverse Debatten möglich sind
562 und geschützt werden. Gerade in Zeiten großer politischer Unsicherheiten braucht es mehr
563 niedrigschwellige, moderierte Debattenräume, die unterschiedliche Perspektiven sichtbar
564 machen, Dialog fördern und Polarisierung entgegenwirken. Wissenschafts- und Meinungsfreiheit
565 sind dabei untrennbar mit dem Recht auf friedlichen Protest verbunden. Wir setzen wir uns
566 für die Wahrung der institutionellen Autonomie der Hochschulen ein und wollen politische
567 Eingriffe in hochschulinterne Angelegenheiten begrenzen.

568 Gleichzeitig müssen die Sicherheit und das unbeschwerte Studium aller, insbesondere von
569 Jüdinnen*Juden, ebenso garantiert werden wie die gleichberechtigte Teilhabe von jüdischen
570 und palästinensischen sowie als israelsolidarisch und propalästinensisch gelesenen
571 Organisationen am Diskurs. Wir lehnen einen Diskurs ab, der die Sicherheit von
572 Jüdinnen*Juden gegen elementare Bürger*innen- und Freiheitsrechte ausspielt. Antisemitische
573 oder diskriminierende Aussagen, Gewalt oder Vandalismus dürfen in Hochschulen keinen Platz
574 haben, ihnen muss mit antisemitismus- und diskriminierungskritischen Präventionskonzepten
575 vorgebeugt werden. Wir setzen uns für den Ausbau demokratischer Strukturen an den Berliner
576 Hochschulen ein und unterstützen Initiativen zur Einführung viertelparitätischer Wahl- und
577 Grundordnungsgremien der akademischen Selbstverwaltung.

578 Darüber hinaus ist es essentiell, die Berliner Hochschulen resilienter zu machen. In
579 Anerkennung und unter Wahrung der Hochschulautonomie wollen wir gemeinsam mit den Berliner
580 Hochschulen erarbeiten, welche Rahmenbedingungen jetzt politisch angepasst werden müssen, um
581 die Hochschulen und ihre Verwaltungen besser vor antidemokratischen Angriffen zu schützen.

582 5.4. Gesundheit in allen Lebenslagen – Berlin ist für dich da

583 Gesundheit und Wohlbefinden sind mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Sie befähigen uns,
584 ein zufriedenes Leben zu führen, uns vielfältigen Herausforderungen zu stellen und diese zu
585 bewältigen. Dabei sehen wir Gesundheit, Krankheit und Sterben als integrale Bestandteile des

586 menschlichen Daseins und verstehen diese daher auch als wichtigen Auftrag für die
587 Daseinsvorsorge. Auch wenn die Gestaltung der Gesundheitsversorgung nicht allein in
588 Landeshand liegt, setzen wir uns mit allen Kräften und Möglichkeiten, vor allem aber mit
589 einem umfassenden Blick für ein gesundes, soziales und inklusives Berlin ein.

590 Wir Bündnisgrüne wollen ein Berlin, in dem alle Menschen die gleichen Chancen haben,
591 selbstbestimmt gesund zu bleiben und zu leben. Für uns bedeutet das: Zugang zu wohnortnahen,
592 qualitativ hochwertigen und barrierefreien Gesundheitsangeboten sowie zu einer modernen
593 Hospiz- und Palliativlandschaft zu haben. Gesundheitsförderung, Prävention, Früherkennung,
594 Beratung, Behandlung und Rehabilitation gehen dabei Hand in Hand und schließen psychische
595 und soziale Aspekte wie auch Umwelt- und Klimaschutz mit ein. Mit einer urbanen
596 Gesundheitsstrategie wollen wir gute und abgestimmte Angebote in einer gesunden Stadt als
597 Teil eines gesunden Planeten schaffen. Dazu müssen wir Gesundheitsversorgung und
598 Gesundheitsförderung stärker vernetzen und Lücken schließen. Hier setzen wir auf gemeinsame
599 Werte und verbindliche Kooperationen zwischen Gesundheitswesen, Sozialdiensten, Bildungs-
600 und Jugendhilfe sowie Umwelt-, Mobilitäts- und Stadtplanung, um Präventionsketten und
601 sozialräumliche Gesundheitsstrukturen flächendeckend und nachhaltig aufzubauen. Eine
602 wichtige Rolle kommt dabei auch der Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) zu.

603 Gesundheitsversorgung gerecht verteilen

604 Noch immer unterscheiden sich die Gesundheitschancen in Berlin stark: Je nach Bezirk,
605 Wohnviertel, Geschlecht und sozioökonomischem Status weichen Lebenserwartung und
606 Krankheitshäufigkeiten voneinander ab. Die ambulante Versorgung ist oft nicht barrierefrei
607 und ungleich verteilt, Haus- und Fachärzt*innen wie Kinderärzt*innen fehlen besonders in
608 Stadtrandlagen. Einige Bezirke im Osten sind davon am stärksten betroffen. Wir setzen uns
609 dafür ein, dass es eine gleichmäßige Verteilung von Vertragsärzt*innensitzen gibt und dass
610 neue Stadtquartiere in allen Bezirken gut versorgt werden. Kliniken stehen unter
611 finanziellem Druck, während Personal seit Jahren an der Belastungsgrenze arbeitet. Der ÖGD
612 ist unterfinanziert und personell schwach besetzt, Gesundheitsförderung und Prävention haben
613 nicht den notwendigen Stellenwert. Psychische Belastungen nehmen zu, Wartezeiten auf
614 Beratungs- und Behandlungsangebote sind zu lang, aufsuchende Angebote und koordinierte
615 Hilfestrukturen fehlen. Durch massive Streichungen des schwarz-roten Rückschrittssenats –
616 nicht nur im Gesundheitsbereich – verschlechtert sich die Lage für die Menschen in Berlin
617 noch weiter. Auch digitale, mobile und aufsuchende Gesundheitsdienste sind nicht ausreichend
618 ausgebaut, obwohl sie besonders für immobile und andere vulnerable Gruppen sowie deren An-
619 und Zugehörige wichtig sind. Die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitswesen, Sozialdiensten,
620 Bildungseinrichtungen, Umwelt-, Verkehrs- und Stadtplanung ist nicht ausreichend.

621 Flächendeckende Gesundheitsangebote sicherstellen

622 Wir Bündnisgrüne wollen das nicht hinnehmen. Statt mehr Versorgungslücken an den
623 Schnittstellen wollen wir bessere Nahtstellen schaffen, die grundsätzlich den gesamten
624 Menschen im Blick haben und abgestimmt wirken.

625 Deshalb gestalten wir eine Gesundheitspolitik, die gezielt auch auf gesundheitliche, soziale
626 und umweltbedingte Ungleichheiten reagiert – mit gerechten Zugängen, starken öffentlichen
627 Strukturen und gesundheitsfördernden Lebensverhältnissen in der gesamten Stadt und in den
628 Lebensrealitäten der Berliner*innen. Dabei folgen wir klar dem Prinzip „präventiv vor
629 ambulant vor stationär“ mit hochwertigen wohnortnahen Versorgungsstrukturen.

630 Wir wollen flächendeckend integrierte Gesundheitszentren aufbauen, die ärztliche,
631 therapeutische, psychosoziale und präventive Angebote unter einem Dach vereinen. Diese
632 Zentren sollen interdisziplinär besetzt sein und als multiprofessionelles, diverses und
633 mehrsprachiges Netzwerk die gesamte Bandbreite von der Gesundheitsberatung bis zur Apotheke
634 einschließen. Die Community Health Nurse (CHN) soll nach dem Vorbild von Köpenick in allen
635 Bezirken zum Einsatz kommen und gemeinsam mit dem ÖGD Menschen unterstützen.

636 Krankenhäuser und ambulante Versorgung stärken

637 Berlin ist auch wirtschaftlich betrachtet eine Gesundheitsstadt. Dieses besondere,
638 ressourcenreiche Ökosystem wollen wir nachhaltig und gerecht aufstellen und
639 weiterentwickeln. Wir sehen eine universitäre Spitzenmedizin und eine Gesundheitsversorgung
640 im Kiez nicht als Gegensatz, sondern als logische, sich gegenseitig befruchtende Ergänzung.
641 Daher werden wir alle Möglichkeiten bestmöglich nutzen, die uns die Krankenhausreformpläne
642 des Bundes und der damit zusammenhängende Transformationsfonds bieten, um Berlins
643 Krankenhäuser moderner, besser und digitaler aufzustellen und gleichzeitig die ambulante
644 Gesundheitsversorgung zu stärken. Dafür braucht es ein Zielbild, das an der Bevölkerung
645 ausgerichtet ist. Auch die ökologische Krankenhaustransformation im Sinne eines Green-
646 Hospital-Ansatzes bringen wir voran und machen die Versorgungslandschaft als großes Ganzes
647 zukunftsfest und für Patient*innen wie auch die Stadt sicher. Damit Menschen informierte
648 Entscheidungen über die Ihnen zur Verfügung stehenden Versorgungsangebote treffen können,
649 nehmen wir die Berichterstattung der Transparenzdaten zur Krankenhausbehandlung wiederauf,
650 bauen diese aus und ermöglichen öffentliche Berichte je Krankenhausstandort. Dazu gehört
651 auch eine Weiterentwicklung der Notfallversorgung mit dem Dreiklang aus
652 Gesundheitsnotfallkompetenz, differenzierter vorklinischer Versorgung durch den
653 Rettungsdienst sowie integrierten Rettungsstellen, in denen niedergelassene Ärzt*innen und
654 Kliniken abgestimmt arbeiten. Zudem sehen wir die Notwendigkeit einer der Schaffung
655 Integrierter Notfallzentren (INZ). Sie sollen möglichst an gut erreichbaren Orten und an
656 Klinikstandorten mit erweiterter Notfallversorgung sein. Dort sollen die Kassenärztliche
657 Notfallpraxis und die Krankenhausnotfallversorgung gemeinsam die Patient*innenversorgung
658 steuern.

659 Digitale Gesundheitsformen ausbauen

660 Digitale Versorgungsformen, Telemedizin und der Einsatz Künstlicher Intelligenz werden die
661 Gesundheitsversorgung verändern. Digitale Angebote inklusive Künstlicher Intelligenz denken
662 wir daher als niedrigschwellige Versorgungsmöglichkeit überall mit und setzen auf die
663 integrierte Unterstützung bestehender Angebote unter gleichzeitiger Wahrung der digitalen
664 Selbstbestimmung und Teilhabe. Insbesondere Telemedizin spielt z. B. zur Bewältigung des
665 demographischen Wandels eine entscheidende Rolle, wobei die hohe Qualität der Versorgung
666 gewahrt werden muss. Dazu werden wir die digitale Infrastruktur von Einrichtungen im
667 Gesundheitswesen gezielt ausbauen und uns für ethisch vertretbare, rechtlich klare und
668 medizinisch sinnvolle Regelungen einer digitalen Gesundheitsversorgung einsetzen. Dabei
669 steht die Gesundheit des Menschen immer im Mittelpunkt.

670 Alle Menschen vor den gesundheitlichen Folgen der Klimakrise schützen

671 Die Klimakrise ist eine Gesundheitskrise. Ob neue Infektionskrankheiten durch die
672 Tigermücke, stärkere Belastungen für Menschen mit Allergien oder hitzebedingte Erkrankungen

673 – die Folgen sind vielfältig. Wir wollen das Bewusstsein der Berliner*innen und von
674 medizinischem Fachpersonal für die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise stärken.

675 Hitze hat bisher die stärksten Auswirkungen auf die Gesundheit der Berliner*innen. Besonders
676 gefährdet sind hochaltrige Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen und Kinder. Aber auch
677 Menschen, die im Freien arbeiten, und Sportler*innen haben ein erhöhtes Risiko für einen
678 Hitzschlag. Neben der konsequenten Umsetzung des Berliner Hitzeaktionsplans wollen wir
679 deshalb insbesondere Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Bildungseinrichtungen und
680 Sportstätten dazu befähigen eigene Hitzeschutzkonzepte zu entwickeln und umzusetzen.

681 Das Aktionsbündnis Hitzeschutz Berlin und die AG Hitzeschutz der Bezirke haben eine
682 Vorreiter*innenrolle bei der gemeinsamen Planung von Hitzeschutzmaßnahmen zwischen
683 Verwaltung, Verbänden und Zivilgesellschaft. Wir wollen das Aktionsbündnis stärken und durch
684 lokale Hitzeschutzbündnisse in den Bezirken ergänzen. Dabei wollen wir besonders die
685 wertvollen Erfahrungen aus den Hitzeaktionsplänen der Bezirke nutzen.

686 Psychische Gesundheit in den Fokus nehmen

687 Gesundheit ist vielfältig und erfordert einen inklusiven, differenzierten Ansatz. Wir Grüne
688 stärken die psychische Gesundheit durch Entstigmatisierung, Prävention und Früherkennung
689 sowie durch den Ausbau integrierter, niedrigschwelliger, aufsuchender und
690 multiprofessioneller Hilfs- und Krisenangebote in allen Bezirken, insbesondere für Menschen
691 mit schweren psychischen Erkrankungen. Dabei werden auch psychische Erkrankungen, die durch
692 Diskriminierungserfahrungen entstehen oder verstärkt werden, berücksichtigt. Dazu vernetzen
693 wir ambulante, teilstationäre und stationäre Hilfen sektorenübergreifend. Im stationären
694 Bereich streben wir Krankenhäuser an, die auch einen somatischen Bereich haben. Wir stärken
695 den Maßregelvollzug und verzahnen ihn eng mit dem allgemeinspsychiatrischen
696 Versorgungssystem. In akuten Krisen sichern wir schnelle Unterstützung durch eine enge
697 Anbindung an das Notfallsystem und vermeiden unnötige Unterbringungen. Um lange Wartezeiten
698 zu reduzieren, fördern wir psychiatrische Einrichtungen personell und finanziell und bauen
699 gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin niedrigschwellige Lotsen- und
700 Vermittlungsangebote aus, damit Menschen schneller Zugang zu passender psychotherapeutischer
701 Versorgung erhalten.

702 Speziell für Kinder und Jugendliche wollen wir Präventions- und Unterstützungsangebote
703 deutlich ausbauen, unter anderem durch mehr Schulpsycholog*innen und -sozialarbeiter*innen,
704 aufsuchende Jugendpsychiatrie-Teams, frühzeitige Hilfen im sozialen Umfeld und eine bessere
705 Vernetzung zwischen dem Gesundheits-, Jugend- und Bildungsbereich. Psychische Gesundheit
706 soll in allen Altersgruppen durch eine integrierte Versorgungsstruktur mit festen Budgets,
707 multiprofessionellen Krisenteams und präventiven Angeboten gestärkt werden. Suizidprävention
708 soll dabei systematisch verankert, Hilfsangebote sollen stärker vernetzt und gezielt
709 ausgebaut werden. Außerdem setzen wir uns für den dauerhaften Erhalt der "Nummer gegen
710 Kummer" ein, die mit anonymer Telefonsorge für tausende Kinder und Jugendliche in dieser
711 Stadt unverzichtbar ist. In allen Einrichtungen der Daseinsvorsorge und im öffentlichen Raum
712 sollen Hitze- und Klimaanpassungskonzepte umgesetzt werden, inklusive Trinkwasserversorgung,
713 Verschattung und Kühlräumen.

714 Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle ermöglichen

715 Wir setzen uns für ein diskriminierungsfreies Gesundheitssystem ein, das diversitäts- und
716 rassismussensible Forschung fördert, ihre Erkenntnisse in die Ausbildung des
717 Gesundheitspersonals integriert und community-basierte Projekte nachhaltig unterstützt. Der

718 Zugang zur Gesundheitsversorgung soll auch für Menschen ohne Krankenversicherung oder
719 Aufenthaltspapiere gesichert werden. Wir setzen eine Impfkampagne auf, um diese wichtige
720 präventive Maßnahme zu steigern. Nötig sind ebenso effizientere Strukturen, die ein Ankommen
721 im Gesundheitssystem und das Ausschließen von Versorgungslücken ermöglichen. Dazu stärken
722 wir die Clearingstelle und sorgen dafür, dass Gesundheitsangebote in
723 Obdachloseneinrichtungen, vor allem aber auch bei Housing First systematisch mitgedacht und
724 implementiert werden. Ein zentraler Baustein einer gerechten Gesundheitsversorgung ist auch
725 die diversitäts- und kultursensible Ausrichtung der Angebote durch Information, Wissen und
726 Nutzung digitaler und analoger Sprachmittlungsmöglichkeiten. Die Versorgung von Menschen mit
727 Fluchterfahrung soll hier besonders im Fokus stehen.

728 Eine gute Gesundheitsversorgung beinhaltet für uns auch zeitgemäße und passgenaue Angebote
729 für das Lebensende. Wir werden daher die Beratungsstrukturen sowie Hospiz- und
730 Palliativangebote in der Stadt ebenfalls gemäß dem Prinzip „wohnortnah ambulant vor
731 stationär“ in einer modernen Hospiz- und Palliativstrategie bündeln und weiterentwickeln. Zu
732 einem Leben in Würde gehört auch ein Sterben in Würde. Das Recht auf selbstbestimmtes Leben
733 schließt – nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts – selbstbestimmtes Sterben frei
734 von Druck ein. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene ein für eine noch immer fehlende
735 gesetzliche Grundlage zum Schutz dieses Rechts in Verbindung mit der Regulierung von
736 Suizidhilfe.

737 Selbstbestimmte Familienplanung und flächendeckende Geburtsversorgung
738 sichern

739 Gute Gesundheitsversorgung beginnt bereits vor der Geburt. Hebammen und Geburtshelfer*innen
740 sind bereits während der Schwangerschaft, aber natürlich auch während und nach der Geburt
741 nicht nur wichtige Bezugspersonen, sondern stellen auch die medizinische Versorgung von
742 Schwangeren und Neugeborenen sicher. Damit alle Berliner*innen Zugang zu sicheren und
743 selbstbestimmten Geburten haben, muss der Studiengang „Angewandte Hebammenwissenschaften“
744 dauerhaft finanziell gesichert werden. Wir Grüne wollen die personelle Ausstattung in
745 Kreißsälen verbessern und so die Arbeitsbedingungen für Hebammen attraktiver machen. Wir
746 wollen ein flächendeckendes Netz an Hebammenangeboten aufbauen, das Geburtshäuser,
747 aufsuchende Betreuung und wohnortnahe Angebote umfasst, insbesondere in bisher
748 unterversorgten Bezirken. Ergänzend sollen hebammengeführte Kreißsäle in Kliniken zur Regel
749 werden.

750 Aber es gibt in Berlin auch viele Menschen, die einen unerfüllten Kinderwunsch haben. Um sie
751 bestmöglich zu unterstützen, wollen wir die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür
752 einsetzen, dass sie allen – egal, ob alleinstehend oder verpartnert – von der Krankenkasse
753 finanziert wird. Außerdem wollen wir die entsprechende Beratung ausbauen und insbesondere
754 für Regenbogenfamilien erweitern.

755 Zur selbstbestimmten Familienplanung gehört auch die Freiheit, sich gegen ein Kind
756 entscheiden zu können. Deshalb ist sowohl frühzeitige, altersadäquate Aufklärung als auch
757 kostenfreier Zugang zu Verhütungsmitteln für Jugendliche essenziell. Während wir uns auf
758 Bundesebene für eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts einsetzen, helfen wir in Berlin
759 konkret Betroffenen. Deshalb machen wir Beratung im Fall von Schwangerschaftskonflikten
760 niedrigschwellig und mehrsprachig zugänglich und sorgen dafür, dass medizinische Versorgung
761 zum Abbruch von Schwangerschaften von den landeseigenen Kliniken gewährleistet wird.

762 Aufklärung und Prävention stärken

763 Gesundheitsprävention ist die wirkungsvollste Gesundheitsmaßnahme. Wir Bündnisgrüne wollen
764 ein Landespräventionsgesetz schaffen, in dem wir die Landesaufgaben beschreiben. In allen
765 Bezirken sollen kommunale Gesundheitskonferenzen verbindlich eingerichtet werden, um Bedarfe
766 vor Ort zu ermitteln, Maßnahmen zu koordinieren und Beteiligung zu ermöglichen. Eine
767 selbstbestimmte Gesundheit braucht Information und Aufklärung jenseits der Frage, wo das
768 nächste Krankenhaus liegt. Am besten ist es, wenn Erkrankungen gar nicht erst oder weniger
769 stark auftreten. Wir wollen Aufklärung und den Zugang zu verständlichen Informationen in
770 Leichter und Einfacher Sprache sowie in weiteren Sprachen über die Lebensspanne verbessern
771 und Maßnahmen gegen die vor allem im digitalen Raum grassierende Desinformation im
772 Gesundheitsbereich entwickeln. Besonders für Jugendliche sind flächendeckende Prävention
773 gegen sexuell übertragbare Krankheiten (STI) sowie kultursensible Aufklärung essenziell. Um
774 die Ziele der Fast-Track-City-Initiative (FTC) zur Beendigung von HIV/AIDS und der
775 Stigmatisierung von HIV-positiven Menschen bis zum Jahr 2030 in Berlin zu erreichen, werden
776 wir den von der Zivilgesellschaft geforderten Aktionsplan zur Weiterentwicklung der FTC auf
777 den Weg bringen, Lücken in der Prävention und Testung schließen, Strategien an neuen
778 Bedarfen ausrichten und die bestehenden Beratungs- und Versorgungsstrukturen weiter sichern.
779 Gesundheitsförderung und Prävention schließen auch Maßnahmen zur Luftreinheit in Innenräumen
780 ein, insbesondere in öffentlichen Gebäuden wie Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen.

781 Volkskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Adipositas und Diabetes lassen sich
782 durch Prävention deutlich reduzieren. Gesunde Ernährung und Bewegung müssen deshalb von
783 Beginn an für alle Menschen, insbesondere für Kinder, unabhängig vom sozialen Status
784 zugänglich sein. Wir Bündnisgrüne stärken dafür berlinweit Gemeinschaftsverpflegung,
785 Ernährungsbildung und Sportangebote. Gute Prävention schließt auch das Impfen ein, das einen
786 wichtigen Ansatz zur Vermeidung infektiöser Erkrankungen darstellt. Hier braucht es
787 effizientere Strukturen, die ein Ankommen im Gesundheitssystem und das Ausschließen von
788 Versorgungslücken ermöglichen. Alle STIKO-Impfungen sollen niedrigschwellig und wohnortnah
789 zugänglich sein – auch in Apotheken, beim Öffentlichen Gesundheitsdienst und über mobile
790 Angebote. Wir werden Gesundheit noch mehr von der Prävention gegen Erkrankungen aus denken
791 und unter Einbeziehung der Berliner*innen eine landesweite Präventionsstrategie entwickeln
792 und umsetzen.

793 Vernetzte Gesundheitsregionen mit einem Öffentlichen
794 Gesundheitsdienst entwickeln

795 Gesundheit spielt sich in den Lebenswelten der Menschen ab und lebt von Beteiligung. Daher
796 ist es wichtig, dass sich die Bezirke auch untereinander und nach Brandenburg hin zu
797 vernetzten Gesundheitsregionen entwickeln. In allen Bezirken sollen daher kommunale
798 Gesundheitskonferenzen verbindlich eingerichtet werden, um Bedarfe vor Ort zu ermitteln,
799 Maßnahmen zu koordinieren und eine wirksame Beteiligung der Berliner*innen zu ermöglichen.

800 Gesundheitsförderung soll als verbindliches Prinzip in allen Politikbereichen sowohl auf
801 Bezirks- als auch auf Landesebene etabliert sein. Für alle Präventions- und
802 Gesundheitsförderungsmaßnahmen wollen wir Grüne verbindliche Qualitätsstandards festlegen
803 und deren Umsetzung evaluieren. Die Gesundheitsförderung soll verbindlich in Kitas, Schulen,
804 Betrieben und Senior*inneneinrichtungen integriert werden, mit Schwerpunkten auf Bewegung,
805 gesunder Ernährung, Suchtprävention und psychischer Gesundheit. Betriebliche
806 Gesundheitsförderung soll gezielt ausgebaut und besonders kleine und mittlere Unternehmen
807 sollen unterstützt werden, um gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen und
808 Präventionsprogramme zu etablieren. Das gilt besonders auch für die Gesundheitsfachberufe.

809 Zudem treiben wir auch die Weiterentwicklung der Wirksamkeit betriebsmedizinischer Angebote
810 voran.

811 Der ÖGD spielt dabei eine unverzichtbare Rolle. Wir wollen ihn personell und finanziell so
812 stärken, dass er seine Aufgaben in den Bereichen Gesundheitsberatung, Gesundheitsförderung,
813 Gesundheitsschutz und Gesundheitskoordination multiprofessionell, flächendeckend,
814 zukunftsorientiert und vernetzt erfüllen kann. Die Nachwuchsgewinnung des ÖGD wollen wir für
815 alle Berufsgruppen gezielt stärken. Insbesondere für Ärzt*innen im öffentlichen Dienst
816 werden wir diesbezüglich durch eine verbindliche Studienplatzquote an der Charité
817 (Stadtärzt*innenquote), wie sie in anderen Bundesländern bereits erfolgreich praktiziert
818 wird, unterstützen.

819 Unser Ziel ist klar: Berlin soll selbst eine gesunde Stadt sein, in der Menschen gesund
820 leben und arbeiten können – unabhängig davon, wer sie sind oder wo sie wohnen.

821 5.5. Neue Drogenpolitik – Hilfe statt Stigmatisierung

822 Wir Bündnisgrüne setzen uns für eine evidenzbasierte Drogen- und Suchtpolitik ein, die Hilfe
823 statt Strafe in den Mittelpunkt stellt und sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen statt an
824 Ideologie orientiert. In Berlin gibt es eine starke und vielfältige Helfelandschaft, sie
825 gilt es von der Prävention bis zur Suchthilfe zu stärken. Gleichzeitig wächst der
826 Handlungsbedarf, denn die Zahl der Drogentoten steigt auch in Berlin jährlich auf neue
827 Höchststände. Insbesondere der Crack- und Kokainkonsum nimmt stark zu, synthetische Opioide
828 wie Fentanyl bergen ein hohes Risiko für Abhängigkeiten und Überdosierungen. Da sowohl
829 legale als auch illegale Drogen risikobehaftet und weit verbreitet sind, darf man vor ihrer
830 Realität nicht die Augen verschließen. Unser Ziel ist es, Probleme zu lösen und nicht
831 zu verlagern. Statt Zäune zu bauen, ist es für uns zentral, Menschen nicht zu stigmatisieren
832 und Betroffene nicht alleinzulassen, sondern ihnen wirksam zu helfen und Risiken zu
833 minimieren.

834 Suchthilfe und Prävention stärken

835 Wir Grüne wollen Konsumräume und Streetwork-Teams ausbauen, Wartezeiten auf Therapieplätze
836 verkürzen und niedrigschwellige Angebote ausbauen, insbesondere um junge Menschen sowie
837 Menschen in sozial benachteiligten Lebenslagen besser zu erreichen.

838 Der Zugang zu Hilfsangeboten sollte nicht an eine Abstinenzpflicht geknüpft sein, sondern
839 Konsumierende dabei unterstützen, sich in jeder Lebenslage aus der Abhängigkeit zu befreien.
840 Mit einer gesamtstädtischen Strategie muss Berlin einen hilfeorientierten Ansatz verfolgen,
841 der Selbstbestimmung, Aufklärung und Gesundheitsschutz miteinander verbindet. Anstatt
842 Betroffene dem unkontrollierten Schwarzmarkt zu überlassen, befürworten wir die Forderungen
843 aus der Suchthilfe nach Modellprojekten mit kontrollierter Abgabe. Unsere Drogenpolitik
844 verfolgt das Ziel, illegalen Märkten die Grundlage zu entziehen. Wir wollen die Möglichkeit
845 des Betäubungsmittelrechts nutzen, um bei klar definierten Eigenverbrauchsmengen Verfahren
846 gegen Konsumierende grundsätzlich einzustellen. Die Ressourcen bei Justiz und Polizei
847 sollten gezielt in die Bekämpfung Organisierter Kriminalität investiert werden.

848 Es braucht Zugänge und die Verknüpfung von sozialen und gesundheitlichen Angeboten. Wir
849 Grüne setzen uns dafür ein, dass Prävention sozialraumorientiert, kultursensibel,
850 geschlechtersensibel, altersgerecht und mehrsprachig ausgebaut wird – mit einem klaren Fokus
851 auf junge Menschen, beginnend mit der Prävention im Schul- und Jugendkontext, digitalen
852 Beratungsangeboten und besserem Zugang zu Beratung und Therapie. Im Kurfürstenkiez sichern

853 wir, wie vom Runden Tisch „Sexarbeit“ vorgeschlagen, Nachtcafés und zusätzliche
854 Drogenkonsumräume in Kooperation mit der Drogenhilfe und dem Landessuchtbeauftragten. Wir
855 wollen zudem den Housing-First-Ansatz konsequent umsetzen, um wohnungslose
856 Drogenkonsumierende dauerhaft in sichere Wohnverhältnisse zu bringen und so den Kreislauf
857 von Sucht und Obdachlosigkeit zu durchbrechen. Ein besonderer Fokus soll dabei auf die
858 Unterversorgung von betroffenen Frauen gelegt werden.

859 Wir setzen uns dafür ein, dass die Sucht- und Präventionsarbeit im Strafvollzug als
860 zentraler Bestandteil der Resozialisierung abgesichert wird. Statt Drogenspürhunde durch
861 Gefängniszellen zu schicken, braucht es Zugang zu Substitutions- und Therapiemöglichkeiten.
862 Das betrifft insbesondere den Zugang zur Diamorphintherapie sowie eine nahtlose
863 Anschlussversorgung und medizinisch-psychologische Betreuung nach der Haftentlassung.

864 Drug Checking ist eine zentrale Maßnahme zur Schadensminderung, die den sicheren Konsum
865 fördert und potenzielle Gesundheitsrisiken reduziert. Die Nachfrage ist seit Einrichtung
866 jedoch deutlich höher als das bestehende Angebot. Wir wollen, dass das Berliner Drug-
867 Checking-Projekt deutlich ausgebaut, auch mobil verfügbar und mit einem berlinweiten
868 Frühwarnsystem für gefährliche Wirkstoffe verbunden wird. Die Abgabe von Naloxon zur
869 Vermeidung von Überdosierungen soll über anerkannte Angebote der Suchthilfe und Sozialarbeit
870 erfolgen können.

871 Drogenpolitik umfassend und zeitgemäß gestalten

872 Wir Bündnisgrüne machen uns dafür stark, dass verhaltensgebundene Süchte wie Glücksspiel-
873 oder Medienspielsucht systematisch in die Hilfestrukturen integriert werden.
874 Glücksspielwerbung soll stark eingeschränkt, der Schutz Minderjähriger verbessert und die
875 Spieler*innensperredatei „Oasis“ ausgebaut werden, auch für glücksspielartige Elemente in
876 digitalen Angeboten. Echte Vermögensprüfungen und feste Einzahlungslimits sollen im Online-
877 Glücksspiel der Standard sein.

878 Abhängigkeiten von Alkohol, Nikotin und Medikamenten werden trotz ihres Ausmaßes als
879 Selbstverständlichkeit wahrgenommen, obwohl sie gesamtgesellschaftlich die schwersten Folgen
880 aufweisen. Gerade die Struktur der Alkohol- und Medikamentenberatung in den Bezirken ist
881 uneinheitlich und unzureichend aufgestellt. Es braucht eine landesweite Steuerung, um eine
882 flächendeckende, qualitativ hochwertige und verlässliche Versorgung sicherzustellen und zu
883 finanzieren. Gerade im öffentlichen Raum gilt es, den Nichtraucher*innenschutz konsequenter
884 umzusetzen, zu kontrollieren und bei Bedarf gesetzlich nachzuschärfen. Andere europäische
885 Länder sind hier deutlich weiter und wirksamer.

886 Das Konsumcannabisgesetz auf Bundesebene war ein richtiger und überfälliger Schritt. Die
887 Befürchtungen der Legalisierungsgegner*innen haben sich in Luft aufgelöst. Polizei und
888 Justiz werden deutlich entlastet, Konsumierende nicht unnötig kriminalisiert und es ist kein
889 sprunghafter Anstieg des Konsums zu erkennen. Diesen Weg wollen wir konsequent
890 weiterverfolgen und in Berlin eine Modellregion für die legale Abgabe von Cannabis
891 etablieren, um dem Schwarzmarkt systematisch die Grundlage zu entziehen. Genauso
892 unterstützen wir den Abbau bürokratischer Hürden von Anbauvereinen. Wer den Cannabis-
893 Schwarzmarkt vollständig austrocknen will, der muss ihn vollständig durch legale,
894 gesundheitlich abgesicherte, kontrollierte und sozialverträgliche Bezugswege ersetzen.

895 Für uns Bündnisgrüne ist klar: Eine zeitgemäße Drogenpolitik darf Risiken nicht verharmlosen
896 – aber auch niemanden zurücklassen. Sie braucht umsetzbare Regeln, starke Prävention,
897 ineinandergreifende Hilfsangebote und den Mut, pragmatische Lösungen zu ermöglichen.

898 5.6. Gute Pflege – solidarisch und zukunftsfest

899 Wir Berliner*innen leben immer länger – das ist ein Gewinn an Lebenszeit und Erfahrung. Auch
900 hier ist unser Grundsatz: Wir Bündnisgrüne wollen, dass Menschen in jedem Alter
901 selbstbestimmt und in Würde leben können – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder
902 Pflegebedarf. Dafür braucht es eine Stadt, die Teilhabe, Solidarität und Fürsorge
903 ermöglicht. In einem Landespflegegesetz wollen wir die Anforderungen dafür in der Pflege
904 rechtlich verankern.

905 Berlin steht vor einer wachsenden Zahl pflegebedürftiger Menschen. Einrichtungen, ambulant,
906 teilstationär und stationär, stehen auch personell sehr unter Druck und Pflegeplätze sind
907 ungleich über die Stadt verteilt. Ambulante Dienste und Kurzzeitpflegeangebote gibt es zu
908 wenig, besonders in den Außenbezirken. An- und Zugehörige, die zu Hause pflegen, werden
909 nicht ausreichend unterstützt, pflegende Eltern oder Young Carers werden zu oft vergessen.
910 Auch die Ausbildung und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse reichen nicht aus, um den
911 Bedarf an qualifiziertem Personal zu decken. Stationäre Einrichtungen sind zudem oft weder
912 barrierefrei noch auf den Klimawandel vorbereitet. Prävention und Gesundheitsförderung, vor
913 und nach dem Pflegeeintritt, sowie geschlechter- und diversitätssensible Pflegeangebote
914 werden bislang zu wenig gefördert und sind nicht flächendeckend etabliert.

915 Pflege am Menschen orientieren

916 Wir Bündnisgrüne setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Berlin Zugang zu qualitativ
917 hochwertiger, bezahlbarer und menschenwürdiger Pflege haben – ambulant und stationär. Pflege
918 soll selbstbestimmt, wohnortnah, inklusiv und kultursensibel gestaltet sein. Pflege soll
919 Menschen dabei unterstützen, ihr gewohntes Leben auch bei Pflegebedarf weiterzuführen. Dafür
920 müssen Pflege und Teilhabe gut zusammenarbeiten. Pflege ist gelebte Solidarität – in
921 Familien, in der Nachbarschaft und im Zusammenspiel von professioneller und häuslicher
922 Pflege. Sie darf nicht aufgrund von Ökonomisierung und demografischer Entwicklungen als
923 Problem gesehen werden. Dafür brauchen Pflegekräfte gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung
924 und echte Mitbestimmung. Deshalb setzen wir uns weiter für die Einführung einer Pflegekammer
925 ein. Wir wissen: Ohne pflegende Angehörige würde unser Pflegesystem nicht funktionieren –
926 sie tragen die Hauptlast der Sorgearbeit, oft neben Beruf, Familie oder Ausbildung. Deshalb
927 wollen wir Angehörige und ehrenamtlich Pflegende gezielt entlasten und unterstützen, aber
928 auch die Pflegebedürftigen selbst, indem wir Unterstützungsstrukturen verbessern und diese
929 auskömmlich finanzieren. Die Angebote der Berliner "Kontaktstellen PflegeEngagement",
930 Beratung wie „Pflege 4.0“ oder Hilfe durch „Pflege in Not“ wollen wir halten und
931 weiterentwickeln. Insbesondere soll ein Pflegenottelefon als niedrigschwelliges,
932 berlinweites Angebot eingeführt werden, das im akuten Pflegekrisenfall schnell, verlässlich
933 und kompetent unterstützt. Das Pflegenottelefon soll als zentrale Anlaufstelle fungieren,
934 die Ratsuchende unmittelbar berät, an passende Hilfsangebote weitervermittelt und bei Bedarf
935 kurzfristige Unterstützung organisiert. Wir wollen Berliner Schulen dafür sensibilisieren,
936 dass auch Kinder und Jugendliche Pflegeverantwortung übernehmen – oft für Eltern,
937 Geschwister oder Großeltern. Sie brauchen vermehrt Aufmerksamkeit, Verständnis und
938 Unterstützungsangebote.

939 Attraktive Pflegeberufe sichern

940 Pflegekräfte leisten jeden Tag Enormes – sie verdienen Anerkennung, Mitsprache und gute
941 Arbeitsbedingungen. Wir Grüne wollen den Pflegeberuf attraktiver machen, indem wir
942 tarifliche Bezahlung, verlässliche Arbeitszeiten und eine verbindliche Personalbemessung

943 sicherstellen. Wir werden die Infrastruktur für die Pflegeausbildung stärken: Die
 944 verschiedenen Standorte des Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe wollen wir an
 945 einem Ausbildungscampus zusammenbringen, damit Pflegeassistenten, Pflegefachberufe und
 946 therapeutische Gesundheitsberufe wie Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie gemeinsam
 947 ausgebildet werden. Das fördert interprofessionelle Zusammenarbeit von Beginn an und erhöht
 948 die Qualität der Ausbildung. Es besteht ein hoher Fachkräftebedarf in vielen Branchen – so
 949 auch in der Pflege. Trotz der steigenden Zahl aufgenommener Ausbildungen wird der Bedarf
 950 nicht gedeckt werden. Aus diesem Grund gilt es umso mehr, die Fachkräfte in der Ausbildung
 951 zu halten und neue für die Pflege zu gewinnen. Gute Arbeitsbedingungen sind dabei der
 952 entscheidende Schlüssel zum Erfolg, den wir weiter stärken müssen. Ein multifaktorielles
 953 Vorgehen ist hierbei wichtig. So müssen wir die akademische Ausbildung durch eine Anpassung
 954 der Studienplätze stärken, die Ausbildungskapazität für Fachassistenten ausbauen und uns auf
 955 Bundesebene dafür einsetzen, dass die professionelle Pflege das tun darf, was sie kann, und
 956 sich das auch in der Abrechnungsmöglichkeit widerspiegelt. Zudem stellt die Anwerbung von
 957 Fachkräften aus dem Ausland einen Baustein zur Strategie einer ausreichenden
 958 Fachkräfteabdeckung dar. Hierbei gilt es, sich an faire Anwerbestrukturen zu halten und die
 959 Voraussetzungen für eine schnelle Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen zu schaffen sowie
 960 ausreichende Sprachangebote bereitzustellen. Daher setzen wir uns für das Siegel „Faire
 961 Anwerbung in der Pflege“ ein. Die bestehenden digitalen Verfahren sollen weiter verbessert
 962 und personell unteretzt werden. Ein Landespflegegesetz soll einen rechtlichen Rahmen
 963 schaffen für Pflegeangebote des Landes und eine verbindliche Landespflegestrukturplanung,
 964 die den tatsächlichen Bedarf ermitteln und dabei auch pflegende Angehörige als wichtige, oft
 965 unzureichend vertretene Gruppe einbeziehen soll.

966 Um Pflegefachkräfte und Pflegeassistentenkräfte zu stärken, ist die Einführung einer
 967 Pflegekammer unabdingbar. Sie gibt der Berufsgruppe endlich eine eigene, demokratisch
 968 legitimierte Interessenvertretung. Die Pflegekammer entwickelt Fort- und
 969 Weiterbildungsregularien, unterstützt die Bedarfsplanung, führt ein zentrales Register der
 970 Mitglieder und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit – auch in
 971 Krisen- oder Katastrophenfällen. Wir Bündnisgrüne werden den Aufbau einer Pflegekammer
 972 fördern und ihre Wirksamkeit nach der Aufbauphase evaluieren. Ohne eine Pflegekammer bleibt
 973 die Beteiligung der Pflegeberufe in Gremien auf Landesebene unzureichend – das wollen wir
 974 ändern.

975 Pflegende Angehörige stärken und wohnortnahe Pflegeinfrastruktur
 976 ausbauen

977 Pflegende Angehörige, vor allem Frauen, bilden eine der tragenden Säulen in der häuslichen
 978 Pflege. Nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein wollen wir pflegende Angehörige in die
 979 Berliner Verfassung aufnehmen, um so ihre Rechte als immer größer werdende Gruppe in den
 980 Fokus zu nehmen. Wir stehen an ihrer Seite und wollen, dass sie Entlastung, Wertschätzung
 981 und Unterstützung erfahren. Wir wollen sie stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre
 982 Leistungen besser würdigen. Pflegende Angehörige müssen zudem in die Pflegeplanung
 983 einbezogen werden. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass eine Lohnersatzleistung
 984 für pflegende Angehörige kommt.

985 Wir Grüne wollen die niedrigschwellige und wohnortnahe Pflegeinfrastruktur in allen Bezirken
 986 ausbauen – durch mehr Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätze, flexible Entlastungsangebote
 987 und gezielte Beratung. Dabei wollen wir einen Pakt für die Pflege mit den Berliner
 988 Arbeitgeber*innen schließen, denn Vereinbarkeit von Pflege und Beruf muss gesellschaftlicher
 989 Konsens sein. Pflegestützpunkte sollen als wohnortnahe Anlaufstellen flächendeckend
 990 weiterentwickelt werden. Darunter verstehen wir auch den Ausbau von digitalen und

991 telefonischen Beratungen sowie der Hausbesuche. Ein zentrales Melderegister soll jederzeit
992 Auskunft über freie Pflegeplätze geben, um unnötige Wartezeiten zu vermeiden. Mobile
993 Pflegedienste sollen klimafreundlich umgestellt und barrierefreie, klimaangepasste
994 Pflegeeinrichtungen gefördert werden.

995 Pflegebedürftige sollen zügig Unterstützung erhalten, damit finanzielle Einschränkungen ihre
996 Versorgung nicht gefährden. Dafür fordern wir bei der Hilfe zur Pflege eine Optimierung der
997 Antragsprozesse, den Ausbau digitaler Verfahren und eine enge Verzahnung mit
998 Pflegestützpunkten, sodass Antragstellung, Beratung und Auszahlung zentral und transparent
999 erfolgen.

1000 Wir Bündnisgrüne wollen Community Health Nurses (CHNs) in Berlin als eine weitere Säule in
1001 der Pflege einführen. Sie beraten zu Gesundheit und Pflege, führen Hausbesuche durch und
1002 vernetzen Ärzt*innen, Pflegestützpunkte, Sozialdienste und Nachbarschaftsinitiativen. CHNs
1003 stärken Gesundheitskompetenz, fördern Lebensqualität und verbessern die Versorgung –
1004 besonders für marginalisierte Gruppen kann eine neue Ausrichtung der Primärversorgung und
1005 deren Zugänglichkeit eine große Verbesserung darstellen.

1006 **Barrierefreien Wohnraum realisieren**

1007 Damit Pflegebedürftige so lange wie möglich selbstständig zu Hause leben können, braucht
1008 Berlin mehr barrierefreie und behindertengerechte Wohnungen. Der Umbau von Bestandswohnungen
1009 und der Neubau entsprechender Angebote müssen intensiviert werden. Präventive Ansätze in der
1010 Pflege wollen wir stärker fördern, etwa das Programm zu gesundem Altern, Sturzprävention,
1011 Ernährungsberatung und sozialer Teilhabe.

1012 **Sichere Pflege für alle sicherstellen**

1013 Berlin ist vielfältig – Pflege muss das widerspiegeln. Wir werden den Einsatz
1014 Interkultureller Brückenbauer*innen und das Angebot für LSBTIQ*-sensible Beratung ausweiten.
1015 Weiterbildungen zu diversitätssensibler Pflege sollen verpflichtend in der
1016 Weiterbildungsordnung verankert werden.

1017 Gleichzeitig treten wir entschieden gegen Gewalt ein, die Pflegebedürftige sowie Pflegenden
1018 erfahren – häufig bedingt durch Überforderung, strukturelle Missstände oder
1019 Machtungleichgewichte. Die Pflegebeauftragte des Landes soll nicht nur
1020 Beschwerdemöglichkeiten sichern, Missstände aufdecken und Verbesserungen anstoßen, sondern
1021 auch systematisch in alle landesgesetzlichen Prozesse einbezogen werden, die Pflege,
1022 Pflegequalität oder Pflegestrukturen betreffen. Ihre Einbeziehung soll über die bloße
1023 Erstellung von Berichten hinausgehen und sicherstellen, dass fachliche Expertise und
1024 Perspektiven von Pflegenden in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

1025 **5.7. Selbstbestimmte Senior*innen – sicher und beteiligt im Alter**

1026 Wir leben immer länger – das ist eine positive Entwicklung! Ältere Menschen sind genauso
1027 vielfältig wie unsere ganze Stadt. Wir Bündnisgrüne wollen Selbstbestimmung und
1028 gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von partiell nachlassenden Fähigkeiten ermöglichen.

1029 Wir bauen Berlin schrittweise zur altersfreundlichen Stadt um, indem wir für mehr schattige
1030 Plätze zum Verweilen, einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr und gute sanitäre Anlagen
1031 sorgen. Eine altersfreundliche Stadt ist gut für Menschen aller Altersgruppen, fördert

1032 gleichzeitig Umwelt- und Klimaschutz und schafft Orte der Begegnung für alle Menschen in der
1033 Nachbarschaft.

1034 Statt ältere Menschen als lebendigen Teil der Gesellschaft zu sehen, prägen jedoch noch
1035 immer stereotype Altersbilder, Vorurteile und Altersdiskriminierung den Alltag von
1036 Senior*innen. Das untergräbt Selbstvertrauen und schränkt die Möglichkeiten für ein
1037 selbstbestimmtes Leben ein. Hinzu kommt die Altersarmut, von der ein Drittel der Berliner
1038 Senior*innen betroffen ist, sowie die in Berlin weit verbreitete Einsamkeit, die ältere
1039 Menschen häufig trifft. Wertvolles Engagement und Mitwirkung gehen verloren, weil
1040 Senior*innen mit geringem Einkommen nicht ausreichend unterstützt und gesellschaftliche
1041 Teilhabe viel zu häufig durch Barrieren verhindert werden. Wir wollen, dass Berlin ältere
1042 Menschen darin stärkt, ihre Erfahrungen und ihre Kreativität einzubringen, und Mitbestimmung
1043 ermöglicht. Wir wollen Barrieren abbauen, indem wir nicht nur Gehwege sicher gestalten,
1044 sondern lebenslanges Lernen auch im Alter unterstützen und Zugänge zu Sozialleistungen
1045 vereinfachen. So schaffen wir eine Stadt, in der Senior*innen nicht mehr isoliert, sondern
1046 selbstbestimmt mitten im Leben stehen.

1047 Im Alter Selbstbestimmung und Mitwirkung vorantreiben

1048 Wir Grüne wollen, dass Menschen das Älterwerden in Berlin vielfältig und aktiv erleben und
1049 die Stadt gemeinsam mit allen Generationen gestalten können. Daher setzen wir uns für ein
1050 positives Altersbild in allen amtlichen Veröffentlichungen ein. Wir stehen Menschen, die
1051 Altersdiskriminierung erleben, zur Seite, indem wir das Berliner Antidiskriminierungsgesetz
1052 bekannter machen und Betroffene unterstützen. In der Berliner Verwaltung schaffen wir durch
1053 flexible Übergänge in die Pension, Teilzeitmodelle und altersgerechte Arbeitsbedingungen
1054 gute Rahmenbedingungen für Menschen, die über die Regelaltersgrenze hinaus erwerbstätig sein
1055 möchten. Langfristig wollen wir das lebenslange Lernen im Alter gezielt fördern, indem wir
1056 Umschulungen für ältere Menschen etablieren und die Angebote zur digitalen Teilhabe
1057 erweitern. Um den Digital Gender Gap und den Digital Age Gap zu schließen, adressieren wir
1058 Frauen besonders. Für trans*, inter*, nicht-binäre und agender Personen brauchen wir eine
1059 bessere Datengrundlage.

1060 Für eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft wollen wir die Stimmen älterer Menschen in der
1061 Politik stärken. Deshalb werden wir das Senior*innen-Mitwirkungsgesetz weiterentwickeln und
1062 Senior*innenvertretungen durch verbindliche Vorgaben zu Beteiligung und Rederechten in den
1063 Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) aufwerten und somit sichtbarer
1064 machen. Gleichzeitig sorgen wir für eine angemessene finanzielle Ausgestaltung in Form von
1065 Fahrtkostenerstattung und Aufwandsentschädigungen. Dabei setzen wir auf vielfältige
1066 Perspektiven: Mehr Senior*innen mit Migrationsgeschichte und queere Senior*innen wollen wir
1067 für die Arbeit in Senior*innenvertretungen gewinnen, die ihre Sichtweisen miteinbringen.

1068 Einsamkeit entschlossen bekämpfen

1069 Für uns ist klar: Kein Mensch darf im Alter durch Armut oder fehlende Unterstützung
1070 ausgeschlossen und isoliert werden. Altersarmut und Einsamkeit, sind deshalb zentrale
1071 Herausforderungen, denen wir entschlossen begegnen. Wir Grüne sorgen dafür, dass
1072 Sozialleistungen ohne Scham und Hürden zugänglich werden. Dafür bauen wir die Sozialberatung
1073 in allen Stadtteilen aus, bieten Informationsmaterial in unterschiedlichen Sprachen an und
1074 sprechen Menschen proaktiv an, um über Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung zu
1075 informieren. Kostenlose und kostengünstige Angebote bauen wir aus und stellen sicher, dass
1076 Informationen dazu sowohl digital als auch analog leicht zugänglich sind.

1077 Wir schaffen Räume für Begegnungen durch generationenübergreifende Treffpunkte in allen
1078 Bezirken und die Weiterentwicklung bestehender Begegnungsstätten. Teilhabe muss auch dann
1079 möglich sein, wenn Menschen von körperlichen Behinderungen oder demenziellen Krankheiten
1080 betroffen sind. Wir fördern den barrierefreien Umbau von Kulturstätten und etablieren
1081 Begleitangebote für Senior*innen, um die Teilnahme an kulturellen Angeboten für Menschen in
1082 allen Lebenslagen zu ermöglichen. Projekte, die Begegnungen älterer Menschen
1083 unterschiedlicher Kulturen unterstützen, wollen wir stärken und bekannter machen. Darüber
1084 hinaus starten wir das Pilotprojekt „Älter werden unterm Regenbogen“ nach Hamburger Vorbild,
1085 um Verantwortliche für die Bedürfnisse queerer Senior*innen zu sensibilisieren und mit der
1086 queeren Community zu vernetzen. Wir begrüßen es, dass nach langem politischem Kampf und
1087 erheblichen praktischen Herausforderungen nun endlich auch ein Wohnprojekt für lesbische
1088 Frauen realisiert werden konnte. Wir unterstützen auch weiterhin, dass queere
1089 Mehrgenerationenprojekte als Safer Spaces eingerichtet werden.

1090 Berlin zur altersfreundlichen Stadt machen

1091 Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin Teil des WHO-Netzwerks „Altersfreundliche Städte und
1092 Gemeinden“ wird, um von internationalen Vorbildern zu lernen und gleichzeitig sichtbar zu
1093 machen, was wir auf dem Weg dorthin bereits erreicht haben. Unser Ziel ist eine Stadt, die
1094 auch im Alltag auf der Straße für ältere Menschen da ist – mit ausreichend
1095 Trinkwasserbrunnen und schattigen Sitzbänken für heiße Tage sowie guten öffentlichen
1096 Toiletten in allen Kiezen. Darüber hinaus etablieren wir das Konzept der „Netten Toilette“
1097 berlinweit, um auch sanitäre Anlagen in Restaurants, Cafés und Geschäften für Menschen
1098 kostenlos nutzbar zu machen. So gestalten wir eine Stadt, in der öffentliche Plätze, Straßen
1099 und Fußgänger*innenzonen sichere Orte zum Verweilen werden, nicht nur für Ältere, sondern
1100 auch für Kinder, Jugendliche und Familien.

1101 Wohnen ist die Grundlage eines selbstbestimmten Lebens. Gerade für Ältere ist es daher
1102 wichtig, barrierefreies Wohnen zu ermöglichen und dort zu erhalten, wo es bereits existiert.
1103 Deshalb machen wir die Beratung zur altersgerechten Wohnraumanpassung bekannter und schaffen
1104 die Rückbauverpflichtung nach einem Auszug ab. Wir unterstützen kreative und
1105 gemeinschaftliche Wohnformen, die Vereinsamung vorbeugen, gegenseitige Hilfe und
1106 Zusammenarbeit fördern und trotzdem Individualität bewahren.

1107 Eine altersgerechte Stadt bedeutet auch, dass Menschen sich bis ins hohe Alter frei in der
1108 gesamten Stadt bewegen können. Die Nutzung von Bus und Bahn muss auch für ältere Menschen
1109 mit kleiner Rente möglich sein. Deshalb setzen wir uns für ein einkommensabhängiges,
1110 ermäßigtes Deutschlandticket ein und schaffen so neue Möglichkeiten, unabhängig unterwegs zu
1111 sein. Gleichzeitig bauen wir Berlin zur Stadt der kurzen Wege um: Wohnortnahe Versorgung,
1112 barrierefreie Gehwege, grüne Plätze und Räume zum Schutz vor Hitze sorgen dafür, dass
1113 Menschen unabhängig vom Alter sicher und entspannt unterwegs sein können. Außerdem fördern
1114 wir das Projekt der Plauderbänke in den Bezirken, um auch kurze Pausen am Wegesrand zu
1115 ermöglichen. So wird Berlin zu einer altersfreundlichen Stadt, die Mobilität, Teilhabe und
1116 Lebensfreude für alle Generationen gewährleistet.

1117 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 5)

1118 Kitagutschein automatisch zum ersten Geburtstag

1119 Wir Grüne schaffen niedrighwelligen und frühen Zugang zur Kita: Alle Familien in Berlin
1120 sollen zum ersten Geburtstag ihrer Kinder automatisch einen Kitagutschein mit einem

1121 erklärenden Begleitheft in mehreren Sprachen erhalten. Ein beiliegender QR-Code zu
1122 wohnortnahen Kitas sowie Terminslots bei einem Familienservicebüro in der Nähe zur
1123 Kitaplatzvermittlung und Beratung unterstützen darüber hinaus dabei, den Zugang zu guter
1124 frühkindlicher Bildung für alle Familien in Berlin zu vereinfachen.

1125 Längeres gemeinsames Lernen für weniger Schulstress – Zahl der
1126 Gemeinschaftsschulen verdoppeln

1127 Gemeinschaftsschulen sind die Schulen der Zukunft. Wir Grüne wollen ihre Zahl in Berlin
1128 verdoppeln. Dabei setzen wir gezielt auf den Campusgedanken: Bestehende Grund- und
1129 Oberschulen sollen die Möglichkeit erhalten, gemeinsam zur Gemeinschaftsschule zu werden. So
1130 können Kinder vom ersten bis zum letzten Schuljahr gemeinsam lernen.

1131 Dieses Modell berücksichtigt nicht nur, dass Schüler*innen in Gemeinschaftsschulen
1132 nachweislich bessere Leistungen erzielen, wie zahlreiche internationale Studien zeigen,
1133 sondern reduziert auch den Stress des Übergangs von der Grund- zur Oberschule erheblich. Wer
1134 eine Gemeinschaftsschule besucht, kann seine gesamte Schullaufbahn an einem Ort verbringen.
1135 Alle Gemeinschaftsschulen erhalten dafür eine gymnasiale Oberstufe und zusätzliche
1136 Unterstützungsmittel, um den hohen Anforderungen gerecht zu werden. Auch beim Neubau von
1137 Schulen setzen wir wo möglich auf Gemeinschaftsschulen.

1138 Integrierte Gesundheitszentren in allen Bezirken – ein wichtiger
1139 Schritt zur altersfreundlichen Stadt

1140 Wir Grüne wollen in jedem Bezirk integrierte Gesundheitszentren aufbauen, die
1141 niedrigschwellig und bedarfsorientiert ärztliche, therapeutische, psychosoziale und
1142 präventive Angebote unter einem Dach vereinen – so haben alle kurze Wege und die
1143 gesundheitliche Versorgung an einem Ort. Besonders für ältere Menschen ist das eine enorme
1144 Erleichterung. Dazu gehören aber auch Hebammenversorgung, Suchthilfe, Apotheken,
1145 Sprachmittlung und Sozialberatung. Diese Zentren sollen verbindlich in Gesundheitsregionen
1146 eingebunden sein und multiprofessionelle Teams beschäftigen, damit Versorgungslücken
1147 geschlossen und Angebote vor Ort besser vernetzt und gesundheitliche und soziale
1148 Ungleichheiten abgebaut werden. Für uns ist klar: Alle Berliner*innen haben ein Recht auf
1149 Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung und auf ein gesundes Leben.